

Bericht der Hochrangigen Beratergruppe
Gegründet auf Initiative des
Präsidenten der Europäischen Kommission



*Courtesy of Fondazione Laboratorio Mediterraneo**

Dialog zwischen den Völkern und Kulturen im Europa-Mittelmeer-Raum

Ko-Vorsitzende der Gruppe:

Assia Alaoui Bensalah
Jean Daniel

Mitglieder der Gruppe:

Malek Chebel, Juan Diez Nicolas, Umberto Eco, Shmuel N. Eisenstadt,
George Joffé, Ahmed Kamal Aboulmagd, Bichara Khader, Adnan Wafic Kassar, Pedrag
Matvejevic, Rostane Mehdi, Fatima Mernissi, Tariq Ramadan, Faruk Sen, Faouzi Skali,
Simone Susskind-Weinberger and Tullia Zevi

Dieser Bericht gibt die Auffassung der Mitglieder der Hochrangigen Expertengruppe wieder und entspricht deshalb nicht notwendig der offiziellen Position der Europäischen Kommission.

* Die Ausrichtung dieser Karte entspricht der Weltsicht der arabischen Kartographen des Mittelalters.

Brüssel, Oktober 2003
DEF-Fassung

Bericht
der Hochrangigen Beratergruppe



ZUSAMMENFASSUNG

Der Mittelmeerraum lässt sich nur schwer als kohärentes Ganzes betrachten, ohne dabei die trennenden Brüche und die Konflikte, die ihn zerreißen, zu berücksichtigen: Palästina-Israel, Libanon, Zypern, westliche Balkanländer, Griechenland-Türkei, Algerien, Auswirkungen von Kriegen in entfernteren Ländern wie Afghanistan oder Irak usw. Der Mittelmeerraum besteht aus mehreren Teilregionen, die sich der Idee einer Vereinigung versperren oder diese rundweg ablehnen. Dennoch sind Konflikte hier weder schicksalhaft bedingt noch vorbestimmt. Diese Feststellung veranlasste den Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, zur Einsetzung einer hochrangigen Beratergruppe, die ihre Überlegungen zum Dialog der Völker und Kulturen vor dem umfassenderen Hintergrund der wirtschaftlichen Globalisierung, der Erweiterung der Europäischen Union, der anhaltenden Präsenz zugewanderter Bevölkerungsgruppen und Bürger auf ihrem Territorium und der sich daraus beiderseits des Mittelmeeres ergebenden Identitätsfragen anstellte.

Die Erweiterung der Europäischen Union ist für diese der Anlass, sowohl die eigene Identität als auch ihr Verhältnis zur übrigen Welt zu hinterfragen, beginnend mit den Ländern und Regionen, zu denen sie nachbarschaftliche Beziehungen unterhält. Und Nachbarschaftspolitik ist fruchtbarer Ausdruck der Vision von einer Union, die große Verantwortung für die Stabilität in Europa trägt und in einer besonders engen Beziehung zu den befreundeten Nachbarstaaten steht.

Die nicht der Europäischen Union angehörenden Mittelmeerländer sind ihrerseits einer Reihe von Kräften ausgesetzt, die ihrem Wunsch nach Einigung und danach, der Stimme ihrer Völker Gehör zu verschaffen, entgegenlaufen. In ihrer Nähe zu ihrem nördlichen Nachbarn, dessen Stärke zu einem großen Teil in seiner Einheit besteht, können sie ebenfalls zu besseren, intensiveren und gleichberechtigteren Beziehungen gelangen.

Beiderseits des Mittelmeers geht die Globalisierung mit grundlegenden Veränderungen einher. Vor dem Hintergrund der generellen Verschiebung der festgeschriebenen Rahmenbedingungen und Bezugspunkte unter dem Einfluss der Wanderbewegung von Menschen und Ideen sowie der Waren- und Dienstleistungsströme lässt sich infolge des Tempos dieser Entwicklungen nicht immer genau ausmachen, was in den einzelnen Zivilisationen, in denen sich diese Wandlungen vollzogen haben, unverändert geblieben ist. Zwischen einem resignierten Fatalismus angesichts einer im wesentlichen wirtschaftlichen Globalisierung und dem Identitätsrückzug in die Ausgrenzung lässt sich eine schöpferische gemeinsame Zukunft nur errichten, wenn alle versuchen, die Entwicklung gemeinsam zu steuern. Dazu müssen zwei Bedingungen erfüllt werden: Zum einen muss im Dialog mit dem Anderen die Quelle neuer eigener Bezugspunkte gesucht werden und zum anderen müssen alle den gemeinsamen Wunsch haben, über die legitime Vielfalt der ererbten Kulturen hinaus eine gemeinsame Zivilisation zu errichten. Mit anderen Worten, nach Léopold Sédar Senghor: „Der Partikularismus muss zu Ende gelebt werden, um zum Anfang des Universalismus zu gelangen“. Eine solche Zivilisation hat zwangsläufig den Universalismus und sein Korrelat, die Gleichheit, zum Ziel, während der Dialog auf der Vielfalt und ihrem Korrelat, dem Interesse am Unterschied, beruht.

Aus dem Bewusstsein dieser Notwendigkeit heraus entstand der politische Wille, eine starke Initiative anzuregen. Die Aktion besteht darin, einen interkulturellen Dialog nicht nur im herkömmlichen Wortsinn, sondern vor allem in seiner anthropologischen Bedeutung zu entwickeln, die alle konkreten Aspekte einschließt, welche eine praktische

Alltagskultur haben kann (Bildung, Rolle der Frau, Platz und Image der zugewanderten Bevölkerung usw.).

Die Kultur ist ihrem Wesen nach in allen von ihr annehmbaren Formen gleich: Sie ist also sowohl Grundlage als auch Träger einer gleichberechtigten Beziehung. Allerdings ist die Kultur auch der Ort schlechthin für Unverständnis wie für Verständnis: Sie ist also der bevorzugte Raum für eine gemeinsame Arbeit zwischen Gleichen zur Auflockerung und Bereicherung einer Europa-Mittelmeer-Beziehung, die nach wie vor durch viele Voreingenommenheiten (gegenseitige Vorstellungswelten, Rolle der Medien usw.) und Vorenthaltungen (Rechte, Würde, Freiheit, Gleichheit usw.) geprägt ist. Weshalb sollte diese Beziehung also gefördert werden? Sicher nicht, um einen sehr hypothetischen Zusammenprall der Kulturen zu verhindern, sondern vielmehr in der Gewissheit, dass die beiden Hälften des Europa-Mittelmeer-Raums in einem halben Jahrhundert täglich die Erfahrung machen werden, in welchem Maße sie einander ergänzen: Darauf müssen sie heute vorbereitet werden. Diese Komplementaritäten zeichnen sich gegenwärtig ab, verfehlen jedoch möglicherweise das gemeinsame Ziel, wenn die Begegnung zwischen Völkern und Kulturen nicht durch ein ehrgeiziges Vorhaben unterstützt wird. Die Herausforderung ist historisch, also politisch von größter Bedeutung, und die Zeit drängt.

Warum soll die Kultur der Träger des Dialogs dieser Beziehung sein? Sicher nicht, um diese als Allheilmittel zu verwenden oder sie an die Stelle der Politiken der in Barcelona ins Leben gerufenen Europa-Mittelmeer-Partnerschaft zu setzen. Vielmehr geht es darum, in die Lösungen zur Beendigung der Diskriminierungen, unter denen immigrierte europäische Staatsbürger noch viel zu oft zu leiden haben, zur Beendigung der fortbestehenden Ungerechtigkeit, Gewalt und Unsicherheit im Nahen Osten, zur Umsetzung von Bildungsprogrammen, durch die gegenseitige negative Vorstellungen durch Wissen und Verständnis füreinander ersetzt werden sollen, usw. die Zivilgesellschaften einzubeziehen.

Durch dieses Vorhaben sollen auch günstige Voraussetzungen für eine harmonische Verbindung der kulturellen und insbesondere religiösen Vielfalt mit der uneingeschränkten und umfassenden Gewissensfreiheit und der Neutralität des öffentlichen Raums geschaffen werden. Zusammengenommen können diese Voraussetzungen die Gewähr für eine offene Säkularisierung sein, ohne die rassistische, insbesondere antisemitische und islamfeindliche, Vorurteile fortbestehen könnten. Die Hocharangige Beratergruppe ist sich darin einig, Doktrinen und Diskurse, die jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung, zu welchem Zweck auch immer, legitimieren würden, entschieden abzulehnen.

Zur Durchführung des Dialogs unter diesem Blickpunkt hat die Beratergruppe Grundprinzipien ermittelt und hierarchisiert, aus denen wiederum Aktionsprinzipien abgeleitet wurden, auf welche sich der Dialog der Völker und Kulturen im Europa-Mittelmeer-Raum ständig beziehen muss, damit die Nachbarschaftspolitik ihre menschliche Dimension erhält. Dieser Komplex von Grundsätzen stellt das „Betriebssystem“ für die Europa-Mittelmeer-Stiftung, die so konzipiert sein muss, dass alle diesen Grundsätzen entsprechenden Aktionen angestoßen, gefördert und koordiniert und die Übereinstimmung jeder einzelnen Initiative mit diesen Grundsätzen bewertet werden können.

Darüber hinaus ermittelte die Hochrangige Beratergruppe drei operative Leitlinien in den Bereichen Bildung, Mobilität und Umsetzung der bewährtesten Praktiken sowie Medien. Für jede wurde eine Reihe konkreter Vorschläge zusammengestellt.

* * * *

Inhalt

ZUSAMMENFASSUNG

EINFÜHRUNG

I. GEGENWÄRTIGER STAND

- 1.1. Identitätswandel im Norden und im Süden
- 1.2. Die Union erhält durch die Erweiterung eine neue Identität
- 1.3. Der interkulturelle Dialog als Antwort auf die Strukturprobleme des Südens
- 1.4. Die Globalisierung verstärkt die Fragen nach der Identität im nördlichen und im südlichen Mittelmeerraum
- 1.5. Gestern ein wünschenswerter, heute ein unerlässlicher Dialog

II. AUFBAU DES INTERKULTURELLEN DIALOGS

- 2.1. Der Dialog der Völker und Kulturen als zentrale Herausforderung der Beziehung Europa-Mittelmeer
- 2.2. Platz und Rolle des Dialogs der Völker und Kulturen in einem lebendigen Europa-Mittelmeerraum
- 2.3. Gemeinsame Grundprinzipien
- 2.4. Die Notwendigkeit eines gemeinsamen institutionellen Unterbaus
- 2.5. Die Heterogenität der Adressaten unserer Empfehlungen und der Durchführbarkeitsvoraussetzungen

III. UNVERZÜGLICHE EINLEITUNG EINES ERNEUERTEN DIALOGS

- 3.1. Empfehlungen für Maßnahmen und Beschlüsse
 - 3.1.1. Die Bildung als zentraler Träger des Erlernens der Vielfalt und des Kennenlernens des Anderen
 - 3.1.2. Förderung der Mobilität, des Austauschs und der Nutzung von Kenntnissen, Fähigkeiten und bewährten sozialen Praktiken
 - 3.1.3. Die Medien als bevorzugtes Instrument zur Förderung von Gleichheit und gegenseitigen Kenntnissen
- 3.2. Die Stiftung als Schaltstelle des Dialogs
- 3.3. Voraussetzungen für den Erfolg sowie Risiken und Konsequenzen unserer Vorschläge

SCHLUSSFOLGERUNG

LISTE DER VORGESCHLAGENEN MASSNAHMEN

LISTE DER MITGLIEDER DER HOCHRANGIGEN BERATERGRUPPE

EINFÜHRUNG

Die jüngste Geschichte ist von einer beschleunigten Folge von Brüchen im Abstand von jeweils etwa zehn Jahren gekennzeichnet: 1979 fand die islamische Revolution in Iran statt, 1989 fiel die Berliner Mauer und zeitlich noch näher wurde am 11. September 2001 der Terroranschlag auf die Türme des World Trade Center verübt. Jedes dieser Ereignisse prägte seine Zeit und alle gemeinsam erfüllten die Welt, in der wir heute leben, mit Unsicherheit und Angst. Diese Krisen, die zunächst Symptome, dann aber Auslöser eines tief greifenden historischen Wandels waren, rissen die gewohnten Formen, Methoden und Regeln der internationalen Ordnung nieder.

Gleichzeitig vollziehen sich in den heutigen Gesellschaften infolge dieser Krisen sowie der Globalisierung die vielfältigsten Veränderungen, deren kumulative Auswirkungen innerhalb dieser Gesellschaften tief greifende Entwicklungen auslösten und sogar ihre Natur veränderten. Dieser Zustand macht einen Paradigmenwechsel erforderlich.

* * * *

Romano Prodi, der als Präsident der Europäischen Kommission diese grundlegenden Veränderungen bereits vor dem Drama des 11. September 2001 verfolgte, hatte seit langem auf die Dringlichkeit hingewiesen, diese Gefahr zu bannen und zwischen Völkern und Gesellschaften gute Beziehungen herzustellen. Da der interkulturelle Dialog zwischen Völkern und Kulturen¹ auf der Gleichheit der Würde der Kulturen beruht, bot er sich für ihn als das wirksamste Mittel an, ohne dass dies irgendeinen kulturellen Relativismus hinsichtlich der Grundrechte jedes Einzelnen bedeutet. Ausgehend von dieser Feststellung formulierte er zwei Hauptfragen:

Wie kann dazu beigetragen werden, dass im Europa-Mittelmeer-Raum neben der Gesellschaft der Staaten eine „Gesellschaft der Völker und der Kulturen“ entsteht?

Wie kann zu diesem Zweck zwischen den Kulturen und insbesondere innerhalb der Völker, die sowohl Träger als auch Erben dieser Kulturen sind, ein Dialog entwickelt werden, der mindestens auf den drei Grundsätzen Gleichheit, Aneignung und gegenseitige Bereicherung beruht?

Das erste öffentliche Forum zur Bekundung dieses politischen Willens, das Kolloquium über den Interkulturellen Dialog vom 20.–21. März 2002 in Brüssel, ermöglichte es Kommissionspräsident Prodi, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, diesen Dialog ausgehend von der Gründungsakte der UNESCO, in der es heißt: „*Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden*“ zu überdenken.

Er beauftragte also eine hochrangige Beratergruppe, ihm konkrete und operative Vorschläge für den Europa-Mittelmeer-Raum im Rahmen einer Nachbarschaftspolitik zur Schaffung „*eines Raums der Prosperität und der guten Nachbarschaft, also eines Freundeskreises, der durch enge und friedliche Beziehungen auf der Grundlage der*

¹ Der Begriff Kultur wird hier - wie auch im gesamten Bericht - in seiner umfassenden, d.h. anthropologischen Bedeutung verwendet.

Zusammenarbeit gekennzeichnet ist“ vorzulegen. Die von der Union im Wege der Erweiterung angestrebte und als eines ihrer Ziele in ihren Verfassungsentwurf aufgenommene Nachbarschaftspolitik bietet Gelegenheit, einen grundlegenden Fortschritt sowie eine größere politische Effizienz zusammen mit einer willkommenen Ausrichtung der Europa-Mittelmeer-Beziehung auf den Menschen zu erreichen, wobei anzumerken ist, dass bei dieser Ausrichtung über die Hälfte der (betroffenen) Akteure Frauen sind.

* * * *

Die Hochrangige Beratergruppe stimmte von Anfang an darin überein, dass Kommissionspräsident Prodi richtig entschieden hatte, als er den interkulturellen Dialog als Grundlage einer von allen interessierten Seiten geteilten historischen Ambition wählte, in der Europa-Mittelmeer-Region und ausgehend vom Mittelmeer einen Raum guter Nachbarschaft mit menschlicher Dimension zu errichten. Dazu stützte er sich auf eine doppelte Feststellung:

- Als die beiden Hälften eines Gebiets mit weit zurückreichenden Berührungspunkten sind Europa einerseits und seine mediterranen Nachbarn andererseits dazu verdammt, ihre gegenseitigen Vorteile wie Jugend auf der einen und Strukturen und Kapital auf der anderen Seite, um nur die Offenkundigsten zu nennen, schnellstens und auf sehr lange Zeit miteinander zu verbinden. Die Globalisierung ist wegen ihrer zahlreichen komplexen und transversalen Auswirkungen auf die betroffenen Gesellschaften, wie wirtschaftliche Abhängigkeit, Migration, Infragestellung der Mittlerrolle des Staates wie der Autorität bestimmter internationaler Organisationen seit dem Fall der Berliner Mauer usw., ein weiterer Grund dafür, diese Annäherung rasch zu betreiben.
- Überdies sehen sich diese beiden Teile des Europa-Mittelmeer-Raums bei unterschiedlichen Entwicklungen und aus unterschiedlichen Gründen flankierenden Problemen der internen Neuordnung in einer im vollen Wandel begriffenen Welt gegenüber. So macht beispielsweise die historische Erweiterung, die die Europäische Union gerade vollzieht und die sie in jeder Hinsicht verwandelt, Überlegungen über die sich daraus für ganz Europa wie auch für den Europa-Mittelmeer-Raum ergebenden Folgen erforderlich. Zudem kann im Mittelmeerraum nichts getan oder gesagt werden, ohne dass dabei die Bedeutung der Geschichte und der gegenseitigen Vorstellungswelten berücksichtigt wird. Dies ist eine wesentliche Komponente der Auffassung insbesondere der so genannten südlichen Länder.

Auf der Tagung zur Eröffnung unserer Arbeiten wies Kommissionspräsident Prodi darauf hin, für wie eminent politisch im besten Sinne des Wortes er dieses Ziel halte und dass er uns deshalb auffordere, unsere Überlegungen in voller geistiger Freiheit und Unabhängigkeit anzustellen.

* * * *

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren kann zur Entwicklung und Förderung eines Dialogs der Kulturen im Mittelmeerraum ein praktisches Konzept aufgestellt werden. Unsere Gruppe hat folglich die für eine Bewertung der Rolle dieses Dialogs erforderlichen Wege und Mittel bestimmt. Aus dieser gemeinsamen Überlegung haben wir mehrere Schlussfolgerungen abgeleitet, die wir in Empfehlungen umgesetzt haben, durch die Stellung, Rolle und Inhalt des Dialogs der Völker und Kulturen in der Europa-Mittelmeer-Beziehung verändert werden sollen. Um den Erfolg dieser Politik zu sichern, muss sie mit einem innovativen, weil gemeinsamen institutionellen Instrumentarium ausgestattet

werden, an dem alle tragenden Kräfte dieser Gesellschaften aufgerufen sind, sich zu beteiligen.

*
* *

I. GEGENWÄRTIGER STAND

1.1. Identitätswandel im Norden und im Süden

(i) In Fortschreibung des Barcelona-Prozesses und insbesondere zur Neubelebung seines kulturellen Teils geht die Initiative von Kommissionspräsident Prodi (Einsetzung unserer Hochrangigen Beratergruppe in Zusammenhang mit einer zu definierenden Nachbarschaftspolitik) darüber hinaus auf eine doppelten **Identitätsfrage** ein, die sich sowohl der erweiterten Europäischen Union als auch ihren Nachbarn im Mittelmeerraum stellt.

Diese parallele Fragestellung im nördlichen und im südlichen Mittelmeerraum hat eine Doppelwirkung. Sie wirft das Problem auf, ob bislang getrennte und mitunter sogar antagonistische Kräfte zusammengeführt werden können, um so einen neuartigen Weg zu Frieden und Wohlstand zu beschreiten und gleichzeitig zwei gleichlaufende und immer drängendere Gefahren zu vermeiden:

einerseits die Vorherrschaft des Nordens im weitesten Sinne und

andererseits die Gefahr einer Alternative, die sich als revolutionär darstellt und von entfremdeten, deformierten, auf reine Ideologien reduzierten Kulturen (oder Zivilisationsformen) inspiriert ist.

(ii) Zu diesen Problemen, die für den nördlichen und südlichen Mittelmeerraum insgesamt oder nur für den einen oder anderen von ihnen gelten, kommen drei Entwicklungen hinzu, die zur Bildung von Identitäten und sozialen Bindungen über den nationalen Rahmen hinaus führen.

Dabei handelt es sich zunächst um die Entstehung **grenzüberschreitender Institutionen und Kooperationsströme**, die auf Nationalstaaten als Mittler nicht nur verzichten können, sondern die diesen im ersten Fall übergeordnet sind und sie im zweiten Fall ignorieren. Zunehmend wird auch die *Forderung nach Anerkennung der kulturellen Unterschiede im öffentlichen Raum* und nicht nur in der Privatsphäre erhoben. Dies führt in einer Reihe europäischer Länder zur Bildung neuer öffentlicher Räume, in denen sich unterschiedliche Kulturen und Identitäten äußern können, so dass **neue Beziehungen zwischen kultureller Identität und Staatsbürgerschaft** entstehen.

Als wahrhaft „revolutionärer Akt“ stellt die Konstitutionalisierung der Union den Übergang von einem durch die Verteidigung nationaler Interessen noch immer stark unterteilten geografischen Raum zu einem „*Raum integrierter Völker, die eine Gesellschaft bilden und souverän über die Wertebildung befinden*“² dar. Mit dem Abschluss der Arbeiten des Konvents zur Zukunft der Union hat der institutionelle Prozess eine deutliche qualitative Schwelle überschritten. Annahme und Verankerung einer Verfassung als ein Akt, der die Vereinigung einer Nation von Staatsbürgern formal besiegelt, setzen das Vorhandensein eines positiven Hintergrunds voraus, der sich jedoch nicht auf die Homogenität eines im Wesentlichen in seiner ethnisch-nationalen Dimension verhafteten politischen Volkes reduzieren lässt.

² D. Rousseau, „Les constitutions possibles de l’Europe“ in Cités, *Les Constitutions possibles de l’Europe, figures politiques de l’Europe unie*, 13, 2003, S. 14.

Diese beiden Entwicklungen werden durch die Forderungen zahlreicher sozialer Bewegungen und Minderheiten unterstrichen. Diese einzelnen Bewegungen können sich jederzeit in Richtung Öffnung und Pluralismus oder Identitätsrückzug und totalitärer Fundamentalismus entwickeln. Sehr häufig äußern sich diese unterschiedlichen Visionen der Moderne im Übrigen innerhalb ein und derselben Kultur, in welcher auch immer. Daraus ergibt sich die Bedeutung einer dritten Entwicklung, die es zu fördern und zu festigen gilt, nämlich die Bildung **offener und/oder pluralistischer öffentlicher Räume** in den südlichen Mittelmeerstaaten sowie die Anerkennung dieser Entwicklung als eine autonome Entwicklung der so genannten südlichen Länder durch die Europäer.

1.2. Die Union erhält durch die Erweiterung eine neue Identität

Durch die Erweiterung erhält die EU eine vielfältigere Identität und noch mehr Nachbarn. Die Unterscheidung, was zur Union gehört und was nicht dazu gehören soll, bei der Frage nach ihren Grenzen, die bislang bewusst offen gelassen wurde, hat sich damit geändert. Wird diese Frage gestellt, dann in der Absicht, darauf eine Antwort unter Berücksichtigung aller Nachbarstaaten zu erhalten. Zu den unmittelbaren Nachbarn der EU gehört der Mittelmeerraum mit immer stärkerer Präsenz und einer etablierten Migration sowie einem sehr alten gemeinsamen Erbe.

(ii) Welche Folgen wird die Erweiterung für die Dialogfähigkeit der EU haben? Die gegenwärtige Erweiterung der EU löst in den Ländern und Gesellschaften des südlichen Mittelmeerraums eine Reihe von Besorgnissen aus bzw. gibt diesen neue Nahrung. Die Hauptsorge ist, dass das Ungleichgewicht mit dem Norden sich verstärken könnte. Vor dem Hintergrund gegenseitiger kultureller Beunruhigung äußert sich diese Befürchtung auf drei Ebenen: politisch, wirtschaftlich und, aus beiden resultierend, auf der Ebene der Migrationsbewegungen.

Auf **politischer** Ebene kann die Erweiterung zwei positive Wirkungen haben: zum einen innerhalb der südlichen Mittelmeerstaaten und -gesellschaften, zum anderen im Bereich der Partnerschaft Europa-Mittelmeer durch die Nachbarschaftspolitik der EU.

Der Erweiterungsprozess brachte in den Beitrittsländern politische Reformen und die Einrichtung von Rechtsstaaten mit sich, so dass die neuen Mitgliedstaaten über reichhaltige Erfahrungen in den ständigen Dialog zwischen den Zivilgesellschaften und der Bevölkerung des nördlichen und südlichen Mittelmeers einbringen können. Durch diese „verinnerlichten“ Erfahrungen im (demokratischen und wirtschaftlichen) Reformprozess verfügt die erweiterte EU über mehr Pluspunkte, die sie mit den südlichen Mittelmeerstaaten und -gesellschaften teilen kann, um sie bei eigenen Reformen und politischen Prozessen zu unterstützen. Da diese neuen Mitglieder selbst einige der Schwierigkeiten zu überwinden hatten, denen sich mehrere Mittelmeerpartner weiterhin gegenüber sehen, ist die erweiterte EU besser in der Lage, diesen bei der Vermeidung bestimmter Gefahren (Identitätsrückzüge, bei denen die Identität für den Einzelnen zum tödlichen Stempel wird, religiöser Fundamentalismus, Armut in Verbindung mit Analphabetentum usw.) behilflich zu sein und Lösungsmöglichkeiten zu finden: Kultur der Mitbestimmung, gleiche Rechte und Chancen, selbst positive Diskriminierung für Frauen, Beseitigung wirtschaftlicher und sozialer Ausgrenzungen usw.

Die Unterstützung von Formen der Mitbestimmung, in die sowohl Gebietskörperschaften als auch Zivilgesellschaften einschließen sind, sollte sich nicht auf *Demokratie* an sich, sondern auf exakte Forderungen für *verantwortungsvolles Regieren*, wie soziale Harmonisierung, transparente und effiziente öffentliche Praktiken usw. beziehen, an denen

sich der Grad der demokratischen Öffnung eines Landes besser messen lässt. Auf Grund ihres Entwicklungsweges dürften die neuen Mitgliedstaaten der EU bei einer solchen gemeinsamen Suche im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft wie auch des zu entwickelnden Dialogs zwischen den Kulturen am besten gegen die Risiken einer paternalistischen Haltung gefeit sein.

Auf wirtschaftlicher Ebene nehmen die neuen Mitgliedstaaten ihren erfolgreichen Beitritt und die Verstärkung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft zunehmend als ergänzende Prozesse und nicht als konkurrierende oder sogar antagonistische Entwicklungen wahr. Diese veränderte Wahrnehmung sollte ihrerseits etwaige Befürchtungen der südlichen Mittelmeerstaaten zerstreuen und sie davon überzeugen, dass die Vorteile einer erweiterten, kohärenteren und im Inneren solidarischeren EU auch den Mittelmeerpartnern zugute kommen. Dieser positive Wandel gegenseitiger Wahrnehmungen im wirtschaftlichen Bereich, den die Nachbarschaftspolitik vorrangig stärken muss, ist für die Eröffnung eines Dialogs zwischen Gleichen im kulturellen Bereich im weitesten Sinne unbestreitbar von Nutzen.

Dieser Wandel wechselseitiger Wahrnehmungen wird natürlich durch eine Reihe objektiver Feststellungen und gemeinsamer Analysen gestützt, die die Befürchtung der Mittelmeerpartner, die arbeitsintensive Produktion werde von den gegenwärtigen EU-Mitgliedern in die neuen Mitgliedstaaten verlagert, um das Lohngefälle zu nutzen, und nicht mehr in die Mittelmeerpartnerstaaten, sämtlich bezweifeln. Die erste Feststellung bezieht sich darauf, dass sich die größte Herausforderung für die Mittelmeerstaaten im Wesentlichen aus der Liberalisierung des multilateralen Handels ergeben wird. Dies wird zur Verschärfung des Wettbewerbsdrucks und zur Aushöhlung des bevorzugten Zugangs zum europäischen Markt beitragen. Die zweite Feststellung, die sich auf die auswärtigen Investitionsströme bezieht, zeigt, dass die eigentlichen Konkurrenten des Mittelmeerraums nicht die neuen Mitgliedstaaten, sondern Lateinamerika und darüber hinaus in absehbarer Zeit China, Indien und die Mehrzahl der übrigen asiatischen Staaten sind.

Unter diesen Bedingungen und nicht allein wegen der beschleunigten Bevölkerungsalterung in der erweiterten EU sowie des demografischen Gefälles zum südlichen Mittelmeer wird Europa weiterhin gleichzeitig Zuwanderungsanwärter anziehen und das Zuwanderungspotenzial seiner Nachbarn nutzen. Die Erweiterung der Union bedeutet im Hinblick auf die Migration nicht zwangsläufig, dass breite interne Migrationsbewegungen von Ost nach West zu verzeichnen sein werden. Folglich müssen wir die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass die neuen Mitgliedstaaten, deren Alterung wegen mitunter negativer demografischer Wachstumsraten ausgeprägter ist, ihrerseits zu Aufnahmelandern für Migranten aus dem südlichen Mittelmeerraum werden. Diese bevorstehenden Migrationsströme zusammen mit dem Eintritt neuer Völker in die EU stellen ein mehrdimensionales Problem mit zahlreichen sozialen, demografischen und wirtschaftlichen, vor allem jedoch kulturellen Folgen dar. Die Erweiterung der EU kann und muss ein Beispiel für kulturelle Nachbarschaft sein, das auf die Mittelmeerregion und die von dort stammenden Migranten ausgedehnt bzw. in das diese einbezogen werden müssen und in dem die zunehmend gemeinsamen Werte und die Glaubenssysteme differenziert werden müssen. Mit der Erweiterung verändert der Dialog der Kulturen auf dem Boden der EU (mit dem benachbarten Mittelmeerraum) nicht seinen Charakter, sondern seine Grundlage.

Zunächst einmal, weil die erweiterte EU durch die Aufnahme von Menschen orthodoxer Kultur und Konfession aus der als traditionell geltenden Beziehung westliches Christentum und Judentum/Islam heraustreten wird. Da die Orthodoxie mitunter

überraschende Verhaltensähnlichkeiten, insbesondere hinsichtlich der Säkularisierung, mit dem Islam induziert, könnten diese Ähnlichkeiten ein nicht vernachlässigbares Gewicht auf die Beziehungen zwischen der erweiterten Union und der arabisch-islamischen Welt und darüber hinaus den Europa-Mittelmeer-Dialog haben und diese sogar tief greifend verändern. Derartige Ähnlichkeiten könnten das Bewusstsein von einer alten und zukünftigen Schicksalsgemeinschaft beschleunigen, indem sie dazu beitragen, die Inhalte der Unterschiede zu relativieren und dann zu überwinden.

Andererseits wird der absehbare Beitritt Bulgariens (mit 10 % islamischer Bevölkerung) und später der westlichen Balkanländer (von denen Bosnien und Herzegowina mehrheitlich islamisch ist) sowie der Türkei (mit einem laizistischen politischen System und islamischer Religion mit derzeit 80 Millionen Einwohnern) dazu führen, dass ein historisch gesehen europäischer Islam Aufnahme findet. Diese absehbare Entwicklung trägt zusammen mit der Tatsache, dass in Deutschland und in Österreich Bevölkerungsgruppen leben, die nicht aus dem Maghreb, sondern aus der Türkei stammen, zur Diversifizierung der Präsenz des Islam in Europa bei.

Diese beiden Aspekte der künftigen Entwicklung haben mehrere positive Auswirkungen auf die Zuwanderungsperspektiven und auf die Stellung des Islam in Europa. Sie verdeutlichen zunächst die Entwicklung eines europäischen Islam und zerstreuen damit die Wahnvorstellung von einer schleichenden Islamisierung Europas. Dieser europäische Islam bildet eigene Merkmale aus, die ihn mehr und mehr vom Islam in der muslimischen Welt unterscheiden werden:

Erstens entsteht er als Minderheitenreligion, deren Anhänger sich für eine endgültige Niederlassung auf europäischem Boden entschieden und auf eine Rückkehr folglich verzichtet haben.

Zweitens verändert diese dauerhafte Niederlassung in einem laizistischen europäischen Raum schrittweise die Denk- und Verhaltensweisen dieser europäischen Neubürger muslimischen Glaubens, insbesondere ihre Vorstellungen von den Beziehungen zwischen Gesellschaft und Religion. Diese legitime Veränderung mündet in dem Wunsch, als *vollwertige Bürger und nicht als Außenstehende* angesehen zu werden.

Drittens veranlassen diese Entwicklungen die EU und ihre Mitgliedstaaten, ihre noch zu oft problematischen Beziehungen zu der nächstgelegenen Andersheit zu überprüfen. So bestimmt das Verhältnis Europas zu seinen unmittelbaren Randgebieten sein Verhältnis zu seinen entfernten Randgebieten und umgekehrt. Hinsichtlich ihrer jüdischen und christlichen Minderheiten müssen die Europa-Mittelmeerpartner natürlich eine spiegelgleiche Anstrengung unternehmen.

1.3. Der interkulturelle Dialog als Antwort auf die Strukturprobleme des Südens

Parallel dazu bilden die nicht der erweiterten EU angehörenden Anrainerstaaten des Mittelmeers, die mit Europa Jahrtausende alte, aber auch hochaktuelle Beziehungen unterhalten, wie die Menschen-, Finanz- sowie Kulturströme usw. beweisen, einen zwar heterogenen, vielfach zerklüfteten Raum, der insgesamt gesehen jedoch als Ganzes gelten kann. Aber auch dieser stellt sich wegen seiner Demografie, der ihm durch die Globalisierung aufgedrückten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen, der sozialen und politischen Entwicklung seiner Bevölkerung, der herrschenden Regime usw., Fragen hinsichtlich seiner Zukunft. Alle diese Befürchtungen münden in die Frage nach dem Platz, der der Mittelmeerregion in der sich abzeichnenden Welt zufallen wird.

(i) Ein erfolgreicher Dialog setzt die volle Anerkennung und die Berücksichtigung der Faktoren und Merkmale des südlichen Mittelmeerraums voraus. Die weitere Entwicklung einer offenen interkulturellen Gesellschaft, in der die gemeinsamen Standards (im Norden) und eine offene und ausgeglichene Nord-Süd-/Süd-Nord-Partnerschaft respektiert werden, ist sicher nur eine notwendige Voraussetzung für einen friedlichen und fruchtbaren Dialog zwischen der EU von heute und morgen und einem wesentlichen Teil ihrer Nachbarn. In diesem Sinne ist die Herausbildung eines gutnachbarlichen, d.h. dynamischen und kohärenten Südens nicht so sehr eine Vorbedingung, sondern ein Bestandteil, d.h. die ausreichende Voraussetzung, eines solchen Dialogs. Diesbezüglich müssen wir darauf hinweisen, dass die fehlenden Fortschritte im Nahost-Friedensprozess ein zusätzliches Hindernis für die Demokratisierung in der Mittelmeerregion darstellen, durch das Israel zudem daran gehindert wird, seinen Beitrag zur *gemeinsamen* Schaffung der für die Demokratie erforderlichen Voraussetzungen zu leisten. Ebenso wie der interkulturelle Dialog, um sich entwickeln zu können, vor dem Hintergrund der Einhaltung der Grundrechte stattfinden muss, kann er gleichzeitig ein wirksames Mittel zur Demokratisierung sein.

Angesichts dieser Forderung an den südlichen Mittelmeerraum, ein vollwertiger Partner zu sein, ist er nach unserer Auffassung durch sechs weitere wesentliche Reihen von Faktoren gekennzeichnet:

Zunächst ist hier die spezielle Dreierbeziehung zwischen **politischer Macht, Zivilgesellschaft und Religion** zu nennen, denn es stellt sich die Frage, weshalb die arabisch-islamische Welt des 20. Jahrhunderts, in der die *Säkularisierung* einen erheblichen Durchbruch erzielte (materielle Modernisierung, Einführung bürgerlicher Gesetzbücher und moderner Institutionen usw.), keine *laizistischen* Gesellschaften hervorgebracht hat. Anders gefragt, weshalb Säkularisierung und Laizismus hier nach wie vor so deutlich voneinander getrennt sind. Drei historische Gründe können diese Trennung umfassend erklären: die Funktion des Islam als politische Ressource und Identitätsträger während der Unabhängigkeitskriege (mitunter nachdem er auch von den Kolonialbehörden zur Stützung ihrer Autorität instrumentalisiert wurde), die ersten Modernisierungsaufäufe während des 19. und 20. Jahrhunderts, die zunächst von den aufgeklärten Ulema ausgingen, und schließlich das Scheitern der modernistischen Politiken der neuen unabhängigen Staaten. Die gegenwärtige Situation ist also zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass die Gesellschaften dem Islam drei *ausgesprochen politische* Funktionen zuordneten, die mit Religion nichts zu tun haben: Bekämpfung (und/oder zuvor Unterstützung) des Kolonialismus, Bekämpfung der archaischen und damals konservativen Systeme und schließlich Anprangerung der sozial ineffizienten und häufig korrupten Regime. Was also muss geschehen, damit sich die Mehrheit der Bevölkerung des südlichen Mittelmeerraums in einem Laizismusprinzip, dem Fundament positiver Toleranz, wiedererkennt und in diesem nicht länger den Ausdruck einer dekadenten Moderne sieht?

Dazu kamen weitere Faktoren, die die Bedeutung oder, wie manche sagen würden, die Macht dieses religiösen Fakts verstärkten: An erster Stelle sind hier die **demografischen und sozialen Entwicklungen** zu nennen. So ist die arabische Bevölkerung in den letzten 50 Jahren von 80 Millionen auf 320 Millionen Einwohner angewachsen, von denen 50 % unter 20 Jahre alt sind. Kein Staat blieb dabei von der Landflucht verschont und vor allem verschärfte sich die Nahrungsmittelabhängigkeit, denn seit den 80er Jahren wird jede zweite Kalorie importiert. Zudem sind alle Industrialisierungsstrategien, wie Importsubstitution, Zulieferungen oder

„industrialisierende Industrialisierung“, sind an ihre Grenzen gelangt, während die Verschuldung im Jahr 2002 eine Rekordhöhe von 260 Milliarden \$ erreichte. Alle diese Entwicklungen steigern natürlich die *gesellschaftlichen Anforderungen* an die Staaten, die in ihren Ländern *Infrastrukturen* schaffen, gleichzeitig über 120 Millionen Jugendliche *schulisch versorgen*, Ströme von Neuankömmlingen in den bereits überfüllten Städten in *Wohnungen unterbringen* und schließlich eine ständig wachsende Bevölkerung, die sich trotz einiger Anzeichen eines demografischen Übergangs alle 25 bis 30 Jahre verdoppelt, *betreuen* und *ernähren* müssen. In so jungen Gesellschaften, in denen darüber hinaus die Verteidigungs- und Sicherheitshaushalte ständig ansteigen, kann die Kultur, der Dialog, nicht die gleiche Rolle spielen und auch nicht die gleichen Mittel nutzen wie bei einer alternden, desillusionierten Bevölkerung im nördlichen Mittelmeerraum.

Die wirtschaftliche und infrastrukturelle **Unterentwicklung** ist nach wie vor prägnant, wie die wenigen Daten beweisen, die wir oben zusammengetragen haben. Diese Unterentwicklung zwingt die Verantwortlichen von Gebietskörperschaften wie auch die Akteure der Zivilgesellschaft dazu, mitunter andere Prioritäten zu setzen als den Dialog oder allenfalls in diesen andere Dringlichkeiten aufzunehmen, um ihren Überlebenssituationen und -problemen gerecht zu werden.

Eine unterschiedliche **Werteskala** beispielsweise hinsichtlich der persönlichen Rechtsstellung und insbesondere hinsichtlich der Stellung der Frauen³ usw., die mit den **gelebten Werten**, die durch Solidarität, z.B. in der Familie, gegenseitige Hilfe in der Gemeinde, respektvolle Solidarität gegenüber alten Menschen usw. geprägt sind, nicht übereinstimmt. Diese gelebten Werte zeigen ebenso wie die Grundprinzipien und Aktionsprinzipien (s. Pkt. 2.3), dass auch der Süden, insbesondere im Bereich Solidarität, Anregungen geben kann und muss. Diese Solidaritätsschemata sind natürlich alle mitunter ambivalent, da sie vom Islam instrumentalisiert werden können.

Die über divergierende Interessen hinausgehende **Ansammlung von Misstrauen und Konfliktstoff** zwischen einigen südlichen Ländern. Diese Last der Vergangenheit stellt eines der wichtigsten Hemmnisse für regionale Initiativen dar, wie beispielsweise die Union des arabischen Maghreb (UMA), die dadurch sogar verhindert, dass sich der Süden als Partner profilieren kann. Im Allgemeinen gibt es dafür eher fundamentale als konjunkturelle Gründe. Im Fall der UMA dürfte jedoch die Vergangenheit eher für eine Annäherung sprechen. Es ist illusorisch anzunehmen, dass Staaten, die noch soziologisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell sehr komplexe und sogar schmerzhaft Prozesse des Staatsaufbaus (Staatenbildung) durchlaufen, spontan zu einer regionalen Zusammenarbeit neigen könnten⁴. So nehmen Staaten mit kürzlich wiedererlangter Souveränität Kompetenzverteilungen und erst recht Kompetenzübertragungen an die regionale Ebene mit Misstrauen wahr.

³ In diesem Bereich gibt es allerdings bemerkenswerte Ausnahmen. Bereits 1957 verabschiedete Tunesien ein Familiengesetzbuch, das Männern und Frauen gleiche Rechte einräumt. Auch Marokko schlägt diesen Weg ein.

⁴ Das schließt nicht aus, dass gewisse Erfolge bereits erzielt werden konnten. Man denke insbesondere an die am 21. Mai 2003 im Rahmen der Energie-Ministerkonferenz erfolgte Unterzeichnung einer Absichtserklärung über die Integration des maghrebischen in den EU-Strommarkt durch Tunesien, Algerien und Marokko.

Die aus der Kolonialzeit ererbte **Last der Kränkung** und das **Gefühl von Ohnmacht** werden durch Irrtümer und Lähmungen des Nahost-Friedensprozesses sowie durch kriegerische Abenteuer, die wie in Irak im Geiste eines Kreuzzugs angekündigt und durchgeführt werden, ständig neu genährt und belebt.

(ii) Diese Merkmale dürfen weder zu einem falschen Dialog noch zu einer Ideologie oder zu Haltungen führen, die einen *Zivilisationsschock* unvermeidlich machen. Dagegen scheint der Nord-Süd-/Süd-Nord-Dialog im Europa-Mittelmeerraum das einzigste Mittel einer gemeinsamen Lösung für interne Probleme im Norden wie im Süden zu sein.

Ausgehend vom polemischen, um nicht zu sagen kriegstreiberischen Konzept des Zivilisationsschocks folgt der *Dialog der Zivilisationen* in seiner Rolle als Gegenmittel leider der gleichen Logik. Er vermittelt die Vorstellung, die gesamte Frage spiele sich zwischen Blöcken mit quasi ontologischen Unterschieden ab. Paradoxerweise lässt sich der Dialog jedoch am leichtesten zwischen Zivilisationen führen, wie die Wachstumsbewegungen von Handel, Tourismus und Migration durch ihre wechselseitige Anziehungskraft nahe legen. Diesbezüglich gefallen sich die Eliten, anders als weniger begünstigte Mehrheiten, die zum Leben häufig nur ihre mythifizierte Identität haben, darin, gelegentlich mit einiger Arroganz eher zum Universalismus zu tendieren. Das Problem etwaiger Unterschiede zwischen den Zivilisationen stellt sich nur, wenn diese miteinander in Kontakt gelangen und eine Vermischung stattfindet. Dann verschwinden die Unterschiede zwar nicht, aber es kommt zu Bewegungen in der einen oder anderen Zivilisation, die über kurz oder lang, wenn sie an Umfang gewonnen oder lange genug gedauert haben, ihrerseits einen neuen Zivilisationsraum bilden und so fort. Es gibt keinen größeren Unterschied zwischen Zivilisationen als innerhalb derselben. Verlässt man das höchst ideologische Register der allgemeinen Klassifikationen, stellt man die Fülle von Unterschieden, Trennungen und Gegensätzen fest, aus denen jede Gesellschaft besteht.

Vor einhundert Jahren wunderte sich niemand darüber, dass Völker nach Rassen klassifiziert wurden, bis man mit Hilfe der Biologie begriff, dass es trotz unterschiedlicher Phänotypen genau genommen kein Mittel gibt, diesen Typus oder was auch immer abzugrenzen. Tatsächlich wird die Menschheit lediglich in Individuen, die sämtlich unterschiedlich sind, und in eine globale universelle Art ohne irgendeine legitime Unterscheidung zwischen diesen beiden Polen eingeteilt. Ebenso unannehmbar ist es heute, aus der historischen Masse bestimmte Zivilisationen herauszutrennen, vor allem dann nicht, wenn sie, wie im Mittelmeerraum, so tief, dauerhaft und umfassend miteinander verwurzelt sind, dass eine Trennung bei Gefahr einer Karikierung praktisch unmöglich ist.

Der Versuch, das Projekt des interkulturellen Dialogs im Mittelmeerraum lediglich ausgerichtet nach einer Nord-Süd-/Süd-Nord-Achse zu verstehen, wäre, wenn dieser so restriktiv erfolgte, gefährlich. Das Problem ist ganz einfach viel allgemeiner: Es besteht im Verständnis der kulturellen Realitäten und ihrer entscheidenden Auswirkungen auf die Geschichtsbildung im Norden wie im Süden und, provokatorisch gesagt, zwischen dem Norden und dem Süden. Eine heilsame Provokation, denn so gesehen gelangt man schnell von Nord/Süd zu Europa/Afrika, Europäern/Arabern, Christen/Muslimen, Christentum/Islam, sie/wir oder wir/sie.

Die Realität, um die es geht, ist jedoch ganz anders: Sie heißt ganz einfach Wir; ein Wir, das beim Einzelnen beginnt und sich auf die gesamte Nachbarschaft erstreckt, in diesem Fall auf den Europa-Mittelmeer-Raum, unbeschadet einer notwendigen Ausdehnung auf die gesamte Welt. Wir sind Bürger von hier und der Welt, also von allem, was sich

dazwischen befindet, und zunächst einmal nicht dieser oder jener Ethnie oder Gruppe eines bestimmten Landes in einer bestimmten Region, die jeweils im Unterschied zu anderen definiert werden. Mit anderen Worten, Zugehörigkeiten funktionieren jetzt nicht mehr innerhalb konzentrischer oder nebeneinander liegender, sondern innerhalb einander überschneidender Kreise.

Das Problem der Beziehung zum Anderen als dem Unterschiedlichen stellt sich zunächst einmal nicht gegenüber demjenigen, der sehr weit weg ist, sondern gegenüber dem Nächsten. So sagte Amine Maalouf in „*Les Identités meurtrières (Tödliche Identitäten)*“: „*Leichter zerfleischt man sich mit den Nächsten*“.

Dies zeigt sich klar an der Situation im südlichen Europa-Mittelmeer-Raum. Nirgendwo ist das Gegeneinander mehrerer Kulturen, die trotz ihres außerordentlichen Reichtums und ihrer beiderseitigen Komplexität Gefahr laufen, sich nur noch auf ihren Antagonismus zu beschränken, so gewalttätig und trägt Feuer und Stahl in das unmittelbare Miteinander wie im Heiligen Land. Die Balkankriege unterlagen der gleichen mimetischen Gewaltlogik, nach der sich Nachbarn gegen Nachbarn erhoben und die zur Wiederherstellung des Friedens die Einschaltung Dritter erforderlich machte. Bei der Aufzählung der Eingliederungsprobleme von Menschen, die aus dem Maghreb oder aus der Türkei nach Europa einwanderten, sollte man jedoch nicht deren Schwierigkeiten übersehen, einen Platz in ihren Herkunftsländern zu finden: Damit wird das vereinfachte Bild von einer heilen Ursprungsidentität im Gegensatz zu einem intoleranten Aufnahmerahmen erschüttert. Das Problem besteht vielmehr darin, innerhalb einer gegebenen Gesellschaft neue Elemente anzugleichen, die an der Veränderung derselben mitwirken und folglich vom Augenblick ihrer Ankunft an wesentlich zu ihrer Entwicklung beitragen. Es ist fiktiv, einer für unbeweglich gehaltenen Gesellschaft Migranten gegenüberzustellen, die auf verschlossene Türen stoßen. In Wirklichkeit besteht zwischen Migration und Gesellschaften ein Verhältnis gegenseitiger Veränderung, das sie von Beginn des Abenteuers an miteinander verbindet. Die ganze scheinbare Schwierigkeit besteht dabei in den Relationen und in der Dauer, da es sich häufig im einen Fall um zu erlebende individuelle Schicksale und im anderen Fall um langsame und globale, unmerkliche Entwicklungen handelt. Wahr ist allerdings auch, dass die Migranten bereits sowohl die Aufnahmegesellschaften als auch die Herkunftsgesellschaften verändert haben, und wenn auch nur, wie im letzten Fall, durch Geldüberweisungen, deren Höhe die gesamte Entwicklungshilfe und die Summe der Investitionsströme weit übersteigt.

Damit beginnt die Frage der kulturellen Beziehung im Europa-Mittelmeer-Raum für den Einzelnen vor der eigenen Tür, und dies sowohl in den südlichen als auch in den nördlichen Ländern. Zweifelsohne hat hier der Schock der Moderne die umfassendsten, raschesten und tief greifendsten Veränderungen bewirkt und Weitergabe und gemeinsame Nutzung der Kultur (in der anthropologischen Bedeutung dieses Begriffs) zu einer der brennendsten Fragen der in einem tief greifenden Wandel begriffenen Gesellschaften werden lassen.

Ein so gewissermaßen mit sich selbst geführter Dialog ist am allerschwierigsten. Es fehlt ihm an Bezugspunkten, denn die, auf die er sich von Innen her stützen könnte, sind ja eben die, die Veränderungen und Zweifeln unterliegen. So kann er leicht in Konfrontation, Beschwörung, Ideologien, Parteinahme und in die Suche nach Sündenböcken abgleiten. Ein derartiger generalisierter Übergangszustand ist ein Leidensmoment. Aus dieser Sackgasse kann man nur herauskommen, wenn der Kreis für den kulturellen Austausch erweitert wird. Der Europa-Mittelmeer-Dialog darf also nicht so sehr als das zu lösende Problem, sondern muss als das Element betrachtet werden, durch das die sich im Norden

und Süden unterschiedlich stehenden Probleme gelöst werden können. In den nördlichen wie in den südlichen Mittelmeerländern ist dies eine Entwicklung hin zu Veränderungen, deren Einfluss auf das Schicksal der einzelnen Länder von diesen allein nicht leicht zu meistern ist. Gemeinsam wird ihnen dies besser gelingen.

Paradoxe Weise hat gerade der Süden, der im letzten halben Jahrhundert nichts so sehr genutzt hat wie das europäische Aufbauwerk als eine großartige Schule gegenseitiger Hilfe, vom Zusammengehen Europa-Mittelmeer am meisten zu erwarten. Durch die Trennwirkung der Entkolonialisierung (zwischen Norden und Süden, zwischen den sich im Süden konsolidierenden Ländern), die durch die Entscheidungen unter dem Einfluss des Kalten Krieges erschwert wurde, ist der Süden heute zerstückelt und in einer Zeit, in der die Globalisierung sämtliche bestehenden Situationen in Frage stellt, auf engen (im Wesentlichen nationalen) Grundlagen aufgebaut. In dem Maße wie der Norden aus dem Masseneffekt der Europäischen Union für ihre Mitglieder profitiert, ist der Süden schutzlos allen Einflüssen ausgesetzt, so dass er zum Schauplatz eines offenen Wettbewerbs zwischen den in den Globalisierungsprozess einbezogenen Kräften und den, mitunter fundamentalistischen, Kräften wird, die diesen ablehnen.

Für den Süden ist es höchste Zeit, in einen intrakulturellen Dialog einzutreten. Dies kann er nur, wenn er sich voll auf einen Europa-Mittelmeer-Dialog stützt, der darüber hinaus z.B. arabisch-afrikanische Dialoge oder solche mit den übrigen großen Weltregionen keineswegs ausschließt. Im Mittelmeerraum bleibt Europa jedoch der nächste Nachbar.

1.4. Die Globalisierung verstärkt die Fragen nach der Identität im nördlichen und im südlichen Mittelmeerraum

(i) Der Mittelmeerraum gehört zweifelsohne zu den Regionen in der Welt, von denen die Weltidee und die Beziehungsströme ausgingen, welche die gesamte bekannte Welt gestalten. Ihm sind das universale Denken und das kritische Denken, mit anderen Worten das Mittel zum Erfassen und das Mittel zum Unterscheiden, zu verdanken. Im Altertum soll er Heimstatt geglückter Globalisierung gewesen sein. Heute ist allerdings das genaue Gegenteil zu beobachten. Seit mehreren Jahrhunderten ist dieser Raum Schauplatz radikaler Umwälzungen, gefolgt von Zeiten der Macht, des Reichtums und der Ausstrahlung.

So gesehen würde dies bedeuten, dass die Globalisierung im Mittelmeerraum auf einer alten kulturellen Wunde beruht. Vor diesem Hintergrund wird die Globalisierung hier stärker als anderswo als ein Prozess wahrgenommen, durch den sozialer Abstieg und Ausgrenzung gefördert werden.

Die gegenwärtige Entwicklung trägt zur Verstärkung dieser Auffassung bei. Drei einander überlagernde Aspekte verschärfen die Unruhe:

Einerseits enthüllt die **Globalisierung** durch die Freilegung der ökonomischen, sozialen und finanziellen Strukturen aller Gesellschaften deren Vorzüge und Nachteile. Gleichzeitig verschärft sie die Instabilität der bestehenden Systeme und erschüttert ohnehin anfällige Gesellschaften.

Andererseits nehmen die **gegenseitigen Abhängigkeiten** vor allem bei Vorherrschen einer liberalen Wirtschafts- und Finanzlogik zu, wobei solche Gesellschaften verstärkt destabilisiert werden, die schlecht organisiert sind und unter Druck von außen geraten.

Schließlich birgt die Globalisierung eine eigene **Komplexität** in sich, durch die beispielsweise Uniformisierung und Zersplitterung, prinzipielle Öffnung und Tabuisierung, also widersprüchliche Imperative, miteinander verbunden werden, die in der Realität und in den Köpfen zu Verwirrung führen. Erst wenige Analysten sind sich darüber im Klaren, dass die Globalisierung kein Veränderungsprozess innerhalb fest gefügter Strukturen mehr ist, und dies auch nie war, sondern diese Strukturen selbst, Regulierungen, Bezugspunkte und Relationen in Frage stellt. Wo bisher ein Ganzes erfasst werden musste, müssen heute Unterschiede gesehen werden, wo eine *summa divisio* herrschte, zeichnen sich Affinitäten ab.

Diese Dekonstruktionsbewegung, aus der zwar darüber hinaus viel fruchtbares Neues entsteht, entbehrt für die Mehrheit der Betroffenen einer aussagekräftigen Perspektive. Die Rückkehr zum politischen Handeln scheint erforderlich. Der 11. September 2001 hat, wenn auch auf grausame und spektakuläre Weise, an diese Tatsache erinnert.

Diese Rückkehr zum politischen Handeln stellt auch eine Antwort auf andere, mörderische Radikalitäten im Mittelmeerraum dar: die Balkankriege, der israelisch-palästinensische Konflikt, die Zunahme des Terrorismus und die langsam mobilisierte Sicherheitsreaktion auf die so freigesetzten Ängste. Einer Welt, in der die Globalisierung eine von der Wirtschaft regierte Zukunft anbietet, setzt der Mittelmeerraum das Streben der Völker nach demokratischem Ausdruck und Verteidigung der Rechte, d.h. nach dem Primat des durch politisches Handeln bestimmten Gemeinwohls entgegen.

Diese Rückbesinnung auf das politische Handeln beantwortet jedoch nicht alle Fragen, allein schon deshalb nicht, weil das Wesentliche verkannt wird, die Herausbildung neuer Rahmen und Richtpunkte, neuer Bezüge und Regulierungen. Der für dieses politische Handeln übliche nationale Hintergrund eignet sich nicht mehr für sämtliche Herausforderungen (s. Punkt 1.1). Für diese Unsicherheit bietet die Ideologie ein Ventil an, indem sie Sicherheiten durch Gegensatz schafft. So entstehen im Mittelmeerraum auf den Trümmern erschütterter gesellschaftlicher Rahmen Visionen einer karikierten Welt: Auf die komplexe Globalisierung werden rudimentäre Antworten gegeben und dazu werden subtile Bestandteile der menschlichen Realität durch Karikierung instrumentalisiert, was zu der absurden **Umwandlung der Vielfalt der Kulturen in einen Zusammenprall der Kulturen** führt.

Diese Kulturen stellen jedoch keine perfekten, vollkommenen Ganzheiten dar, da sie während der Geschichte einander durchdrungen haben [vgl. Pkt. 1.3(ii)]. Würde die eine oder andere Gruppe als Block unter dieser Bezeichnung zusammengefasst, wäre dies folglich doppelt absurd: Zum einen würden *Blöcke gebildet, indem bestimmte Aspekte künstlich gegenübergestellt* und diese Teile für das Ganze genommen würden, zum anderen würde verkannt, dass heute *die raschesten Differenzierungen stets innerhalb der bestkonstruierten Ganzheiten zu beobachten sind*, während sich scheinbar lose Gebilde, bezogen auf Dritte oder im Hinblick auf Entwicklungen, denen sie gemeinsam ausgesetzt sind, als zusammengehörig erweisen.

(ii) Dies alles zeigt die Dringlichkeit und die Notwendigkeit, die Dinge an der Wurzel zu packen und dazu die Bestandteile dieser Blöcke zu berücksichtigen und einander gegenüberzustellen, um festzustellen und zu begreifen, dass alle Individuen und Gruppen heutzutage an der gleichen, an ihrer Individualität interessierten Welt partizipieren, die von ihnen lebt statt sie zu nivellieren. Werden ihre Unterschiede einander gegenübergestellt, sind diese eine Konfliktquelle, in der Welt von heute allerdings

unschätzbare Vorzüge im gemeinsamen großen Topf einer gemeinsamen Zukunft. Die kulturelle Zusammenarbeit ist das beste Mittel, dieses Ziel zu erreichen.

Diese Zusammenarbeit muss im Rahmen konkreter Realitäten erfolgen:

Da sind zunächst die **herrschenden Ideologien**, die es zu bekämpfen gilt, wie die durch bestimmte Kräfte des Westens betriebene Diabolisierung eines Feindes, der dem Terrorismus oder über radikale, dem Terrorismus anhängende Islamisten missbräuchlich dem Islam zugeordnet wird, oder die Darstellung der westlichen Moderne als zu bekämpfender Satanismus, wie dies von bestimmten Religionsführern ihren Anhängern vermittelt wird. Ein ausgrenzender Identitätsnationalismus und das mit ihm so häufig verbundene scheinbare Gegenstück, das vaterlandslose Funktionieren mafioser Netze, sind immer häufigere Auswüchse, die in klassischere, wenngleich nicht weniger gefährliche Ideologien ableiten können. Nicht bestritten werden kann auch die parallele Zunahme eines Komfortpazifismus im Norden, der für äußere Leiden, vor denen er sich im Übrigen schützt, blind ist, und eines Islamismus der Hoffnungslosigkeit im Süden, die eher Symptome für Missstände denn tragfähige Antworten darstellen.

Dann gibt es die **geopolitischen Realitäten**, von denen im Mittelmeerraum als erstes das Kriegsgeschwür im Heiligen Land zu nennen ist, wenngleich es naiv wäre, wollte man die Sicherheits-, Öl-, Migrations- und auch Umweltprobleme sowie den illegalen Handel jeder Art und die organisierte Kriminalität unberücksichtigt lassen.

Grundsätzliche Veränderungen vor einem tieferen Hintergrund:

Änderungen des Völkerrechts: Hier ist heute die Förderung demokratischer Ideale auf internationaler wie interner Ebene eindeutig vorrangig.

Mühsamer Wandel der Nationalstaaten, die einerseits eifersüchtig auf ihre Autorität bedacht, gleichzeitig aber nicht im Stande sind, die Probleme zu regeln, durch die sie sich überfordert fühlen.

Veränderte Rolle sowohl der einzigen Supermacht Amerika wie der internationalen Institutionen und der NRO, deren Arbeitsbereiche und Rollen sich miteinander in einem ständigen Wechselspiel befinden und dadurch die internationale Szene verändern.

Zu diesem Gesamthintergrund kommen drei große Übergänge hinzu: der demografische Übergang, der wirtschaftliche Übergang und der politische Übergang mit sehr großen Unterschieden zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum. Übergänge sind bekanntlich Zeiträume mit Risiken aller Art und auch wenn das wahrscheinliche Korrelat neue Beziehungen zwischen den beiden Ufern sind (z.B. eine aufrichtige Partnerschaft zwischen dem alten, kapitalreichen Norden und dem Süden mit einer jugendlichen Bevölkerung auf Arbeitssuche), gibt es innerhalb dieses Anpassungszeitraums Perioden mit ernsthaften Risiken. So müssen zur Förderung des demokratischen Pluralismus politische Gemeinschaften beispielsweise in Gesellschaften aufgebaut werden, in denen die Stützen des Nationalstaats, insbesondere der Islam, schutzlos den Verheißungen

extremistischer religiöser Gruppen und wiederentstehender ethnischer Minderheiten und Stämme ausgesetzt sind, in Gesellschaften, in denen Armut und Analphabetentum unheilvoll miteinander gepaart sind und in denen das Geld, das im Norden das demokratische Leben vergiftet, im Süden vor einem Hintergrund von Korruption bereits den Geist der entstehenden Demokratie besudelt. Die Zivilgesellschaften richten sich ein und konsolidieren sich. Dabei sind sie zusammen mit allen tragenden Kräften und den betroffenen Staaten zu einer ernsthaften Erneuerung aufgerufen, um den Forderungen einer tatsächlichen Demokratisierung gerecht zu werden und zu einer Mitbestimmungskultur beizutragen.

All dies ist entscheidend. Es wäre eine Illusion behaupten zu wollen, der Dialog der Völker und der Kulturen werde alle diese dominierenden Faktoren allein bewältigen können. Dennoch hat dieser Dialog seinen eigenen Raum, seine eigene Reichweite und seine eigene Bedeutung als unerlässliches Element für die Herausbildung einer geeigneten regionalen Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

(iii) Die Anhäufung von Aktionen, Programmen und Initiativen kultureller Art in der traditionellen Bedeutung des Begriffs ist natürlich noch keine Politik: Sie ist zudem ein Zeichen für die Marginalisierung der kulturellen Dimension, aber auch des tiefen Unverständnisses für die Rolle dieses interkulturellen Dialogs. Durch die Streuung der Initiativen, die jede Kohärenz behindert, wird der Dialog zudem weder gestützt, noch gefördert. Diese Situation vertieft die Ernüchterung der Bevölkerung in den schwächsten Ländern und erzeugt eine gewisse Ermüdung bei den Entscheidungsträgern. Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (EMP) nimmt als die bei weitem umfassendste Form einen entscheidenden Platz im Dialog ein. Diese EMP wurde begrüßt, weil sie den Kolonialpakt gewissermaßen beenden und gleichzeitig eine Zone des Friedens, der Sicherheit, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands eröffnen sollte. Als sie konzipiert wurde, hatte man jedoch nicht verstanden, dass dieser Dialog eine andere Dimension haben musste. Folglich hat der Barcelona-Prozess trotz seiner konzeptuellen Widersprüchlichkeit, des Missverhältnisses zwischen seinen umfänglichen Zielsetzungen und der Bescheidenheit seiner Mittel und Mechanismen, seiner Integration im Norden und seines Fehlens im Süden, das Verdienst, dass es ihn gibt, selbst wenn er für die EU im gleichen Maße eine Belastung darstellt wie er ihren Interessen dient. Die Ernüchterung ist offensichtlich ebenso groß wie die Hoffnungen, die die Partnerschaft geweckt hatte. Trotz der in Valencia angekündigten Wiederbelebung tut sich der Prozess mit einem erneuten Anlauf schwer.

Der dritte Korb, die menschliche und kulturelle Partnerschaft, ist das vielleicht sensibelste und sicher schwächste Glied. Trotz einiger Errungenschaften scheint er auf die Zuwanderungsproblematik fokussiert zu sein. Wird er auf die Rückübernahmeabkommen reduziert werden, die aus der EU die so verschriene *Festung* machen? Der Geist von Schengen und die immer restriktiveren Zuwanderungspolitiken der Mitgliedstaaten, die ihr Hoheitsgebiet für die andere Hälfte der Partner verriegeln, haben die Partnerschaft in den virtuellen Bereich relegiert und noch etwas ungläubwürdiger gemacht.

Ohne das Verantwortungsbewusstsein aller könnten die Herausforderungen nicht gemeistert werden. Einen Anfang bilden Veränderungen der für die begrenzten Ressourcen und anfälligen Ökosysteme so schädlichen Lebensweisen. Ein wirklicher, effizienter Dialog und die Kooperation zwischen gleichberechtigten Akteuren scheinen – gegenseitige Abhängigkeit und Globalisierung verpflichten – der einzige Weg zu sein, um auf die allseitigen Besorgnisse geeignete Antworten zu geben.

1.5. Gestern ein wünschenswerter, heute ein unerlässlicher Dialog

Der gestern wünschenswerte Dialog ist heute mehr denn je eine Notwendigkeit. Nicht, um auf das Gegenteil zur Ideologie der Zusammenpralls der Kulturen einzuschwenken - unter dem Vorwand ihrer Bekämpfung - , sondern um Formen der Ignoranz Paroli zu bieten, die, wenn sie aufeinandertreffen, am schädlichsten sind: Denn es geht um das **Zusammenprallen der Ignoranz**, das viel verhängnisvoller ist.

Welchen Platz hat nun aber ein wirklicher Dialog zwischen Zivilisationen und Völkern, wenn Kultur und Allerheiligstes sowohl intern als auch international zur Anfechtung der etablierten Ordnung instrumentalisiert werden. Welchen Platz hat die Kultur in einer Ära, in der Globalisierung der Risiken und Privatisierung der Gewalt die sowohl kollektive als auch individuelle Sicherheit zur absoluten Priorität erheben, gleichzeitig jedoch ihre Erhaltung ungemein komplizieren?

Welchen Platz hat die Kultur darüber hinaus in einer Ära, in der das Ideal der Nationen in Wettbewerbsfähigkeit und Marktanteilen besteht?

Welchen Platz hat die kulturelle Vielfalt in der Ära der Uniformisierung und der politischen oder sogar kulturellen Korrektheit?

Eine Vielzahl von Fragen, die im Mittelmeerraum, der seit jeher ein Ort der Erinnerungen sowie die Wiege und der Kreuzungspunkt von Zivilisationen war, jetzt jedoch durch die strukturelle reale und symbolische Gewalt zur Bruchlinie wurde, von besonderer Aktualität sind.

Sobald die rassistischen, insbesondere antisemitischen und islamfeindlichen, Manifestationen dieser Gewalt alltäglich werden, kann sie jedoch heimtückischere, niederträchtigere Formen annehmen. Nur der Dialog auf der Grundlage der Achtung der kulturellen Vielfalt und der Gewissensfreiheit sowie der Förderung einer aktiven Neutralität des öffentlichen Raums wird es ermöglichen, die sich sowohl im nördlichen als auch im südlichen Mittelmeerraum äussernden Ausgrenzungskräfte in Schach zu halten.

Bevor man auf die tieferen Gründe sowie die Zielsetzungen des interkulturellen Dialogs im Mittelmeerraum eingeht, deshalb die ihm zu Grunde liegenden strategischen, politischen und ökonomischen Zusammenhänge sowohl auf internationaler Ebene als auch im Europa-Mittelmeer-Raum, unter denen er sich entwickeln soll, analysiert werden.

II. AUFBAU DES INTERKULTURELLEN DIALOGS

2.1. Der Dialog der Völker und Kulturen als zentrale Herausforderung der Beziehung Europa-Mittelmeer

Für die Völker des nördlichen und des südlichen Mittelmeerraums besteht die unmittelbare Herausforderung darin, sich den eigenen Unsicherheiten und den internationalen Veränderungen nicht mehr einzeln, sondern gemeinsam unter Achtung ihrer Unterschiede zu stellen. Auf längere Sicht absehbarer Zeit müssen sie das Gefühl und das Bewusstsein für ein gemeinsames Schicksal entwickeln. Der Dialog der Völker und der Kulturen muss also eine entscheidende Rolle beim Aufbau eines Europa-Mittelmeer-Raums spielen, der Zusammenhalt und Sinngebung ermöglicht. Dazu muss dieser Dialog über die klassischen Mechanismen der Kooperation und der internationalen und regionalen Hilfe hinausgehen. Er muss sich auch auf die Kenntnis und das gegenseitige Verständnis nicht nur der Staaten

und Institutionen, sondern auch und vor allem der Gesellschaften und der in diesem gemeinsamen Raum lebenden Menschen stützen.

Ohne eine solche Rolle, die im Norden und im Süden sowie in der Nord/Süd-Beziehung eine wesentliche Veränderung der Herangehensweise und des Verhaltens erfordert, bestünde die große Gefahr, dass sich die (neuen und alten) großen und einflussreichen Kräfte innerhalb dieses Raums statt in positivem in negativem Sinne miteinander verbinden:

Wiederbelebung und sogar Instrumentalisierung von Erinnerungen und gegenseitigen Vorstellungswelten im Namen von Dominanz- oder Rachezielen oder eines Identitätsrückzugs, die eine gemeinsame Zukunft ausschließen;

Schwächung der Identitäten durch die Auswirkungen der Globalisierung und der wechselseitigen Durchdringung der Kulturen und Lebensweisen (vor allem in den ärmsten Ländern) durch Handel, Reisen, Medien usw.;

Bedeutung der sich ausweitenden Migrationserscheinungen (weltweit 130 Millionen Menschen) und der etablierten Zuwanderung in den Aufnahmegesellschaften des nördlichen wie auch des südlichen Mittelmeerraums;

Auswirkungen der ungelösten Konflikte und des viel zu langen Ausbleibens (israelisch-arabischer Konflikt) einer angemessenen Lösung für diese Konflikte, durch die der aufrichtige Wille der internationalen Gemeinschaft täglich in Zweifel gezogen und eine tiefe Bitterkeit und ein ausgeprägtes Gefühl von *zweierlei Maß* hervorgerufen werden;

Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung Europas und seiner großen Erweiterung in Richtung Osten des Kontinents im Hinblick auf Wachstums- und Machtpotentiale, aber auch auf die schwierigere Konvergenz von Interessen, Werten und politischen Prioritäten sowie auf die Fähigkeit, sich dem anderen zu öffnen.;

kumulative Unterschiede zwischen dem nördlichen und südlichen Ufer: Demografie, Entwicklungsstand und Leistungsniveau; Stellung der Religion in der Beziehung zwischen politischer und administrativer Macht; Status der Menschen und Interpretation ihrer unveräußerlichen Rechte; Flexibilität und Veränderbarkeit der nationalen Gesellschaften zur Schaffung neuer erforderlicher Beziehungen zwischen kultureller Identität und Staatsbürgerschaft; Regulierungsvermögen der nationalen staatlichen Behörden usw.

Diese für den Europa-Mittelmeer-Raum spezifischen Kräfte stehen in ständiger Wechselbeziehung zu den großen Entwicklungen in der Welt und zur Geopolitik sowie zu sämtlichen durch diese Entwicklungen erzeugten Gegensatzpaarungen: neue Risiken und neue Bedrohungen (Terrorismus, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen), finanzielle Instabilität, Schwächung des internationalen Systems und insbesondere der UNO, Uniformisierung als Gegensatz zum Streben nach Differenzierung.

Es geht also darum, eine Beziehung aufzubauen, die zusammen mit der wirtschaftlichen und kommerziellen Partnerschaft, die sich fortsetzen und weiterentwickeln muss, und gegebenenfalls einer politischen und Sicherheitspartnerschaft, die sich in der Zukunft abzeichnen könnte, im gesamten Europa-Mittelmeer-Raum zu einem mächtigen und egalitären Entstehungsprozess einer **gemeinsamen Zivilität, die den Unterschieden**

Rechnung trägt und das Anderssein achtet, die von dem Wunsch getragen wird, *miteinander leben zu wollen*.

Der Dialog der Völker und der Kulturen, der gemäß dem Inhalt der Erklärung von Barcelona, die vor einem völlig anderen internationalen Hintergrund konzipiert und angenommen wurde, neu zu definieren ist, muss der wichtigste Träger dieses neuen Prozesses sein.

Deshalb muss er bereits in der gegenwärtigen Europa-Mittelmeer-Partnerschaft und in der künftigen Nachbarschaftspolitik einen Platz und eine Rolle erhalten, von denen er bislang weit entfernt ist.

2.2. Platz und Rolle des Dialogs der Völker und Kulturen in einem lebendigen Europa-Mittelmeerraum

Von Beginn an muss klar sein, dass der Dialog der Völker und Kulturen innerhalb der Europa-Mittelmeer-Beziehung keine untergeordnete Dimension neben anderen mehr sein kann (als der *arme Verwandte* des Barcelona-Prozesses), sondern dass er außer seinen spezifischen Wirkungsbereichen eine **transversale** Dimension haben muss, durch die die oben erläuterte „gemeinsame Zivilität“ in allen Aspekten der Europa-Mittelmeer-Beziehung verwirklicht wird.

Eine solche Rolle muss sorgsam aufgebaut werden, da sie, wie Organisation und Funktion der zwischen der Union und ihren einzelnen Mittelmeerpartnern geschlossenen Assoziierungsabkommen sehr konkret beweisen, nicht selbstverständlich ist.

Diese Abkommen, die von einem Rat und einem Assoziierungsausschuss gemäß einem zwischenstaatlichen Modus und durch einstimmige Beratungen zwischen Regierungsvertretern verhandelt wurden (ohne dass dabei systematisch die Einsetzung gemischter parlamentarischer Ausschüsse vorgesehen war), lassen nur sehr wenig Raum für Konsultationen und insbesondere für die Konsultation der tragenden Kräfte (Gebietskörperschaften, sozioökonomische Akteure usw.), die sowohl im Norden als auch im Süden eine zentrale Rolle hätten spielen müssen.

Die durch diese Beziehung angestrebte Vertiefung von Kenntnis und gegenseitigem Verständnis ist unter diesen Bedingungen nur schwer vorstellbar.

Die Notwendigkeit eines anderen Konzepts und einer anderen praktischen Lösung liegt auf der Hand.

Die Angelegenheit, die bislang wenig Aufmerksamkeit fand, ist so wichtig, dass sie unverzüglich eine entschiedene konkrete Verpflichtung erfordert, in die nicht nur die Regierungen und Institutionen, sondern auch die Bürger und die Völker eingebunden sind.

Dies ähnelt ein wenig dem Prozess, mit dem sich die erweiterte Union kürzlich auf den Weg zu einer Verfassung begab, bei dem nicht nur der Suche nach Effizienz, sondern insbesondere der Beziehung der Unionsbürgerschaft unter Achtung der Menschenrechte, der Einhaltung der höchsten demokratischen Forderung, der ihr zustehende Raum eingeräumt wurde.

Europa und der Europa-Mittelmeer-Raum stehen beide an einem Scheideweg. Beide müssen neue Wege und neue Konzepte finden, wollen sie nicht Gefahr laufen, dass sich

die eingangs genannten großen Kräfte im negativen Sinn, unter nicht absehbaren Folgen, miteinander verbinden.

Diese Umgestaltung setzt die Schaffung eines wirklichen Europa-Mittelmeer-Parlaments mit tatsächlichen Initiativ- und Kontrollbefugnissen voraus, das demokratische Lösungen im gesamten Europa-Mittelmeer-Raum vorantreiben kann. Sie setzt insbesondere voraus, dass ausgehend von einem Komplex gemeinsam angenommener Zielsetzungen und Grundprinzipien ein kompletter und ausgewogener gemeinschaftlicher institutioneller Unterbau geschaffen wird, durch den der Dialog der Völker und Kulturen die gesamte Europa-Mittelmeer-Beziehung ausfüllen und die spezielle **Fähigkeit** erhalten kann, sowohl die Auswirkungen der Globalisierung als auch das Spiel der internationalen Beziehungen in seinem Bereich zu humanisieren.

2.3. Gemeinsame Grundprinzipien

(i) Für den Dialog der Völker und Kulturen scheinen sich bestimmte Grundprinzipien erforderlich zu machen. Wichtig dabei ist, diese klar und einvernehmlich zu formulieren und sie konkret bis hin zu ihren operativen Modalitäten benennen und die Einhaltung in der Praxis überprüfen zu können. Unter diesem praktischen Gesichtspunkt haben wir folgenden Komplex grundlegender Prinzipien zusammengestellt und hierarchisiert:

- (1) Achtung des anderen, ohne die ein Austausch undenkbar ist.
- (2) Gleichheit auf allen Ebenen: zwischen Staaten, zwischen Völkern, zwischen Kulturen, zwischen Individuen, zwischen Männern und Frauen usw.
- (3) Absolute Gewissensfreiheit ohne jedwede Einschränkung in Abhängigkeit von den beiden obigen Prinzipien.
- (4) Solidarität jeglicher Art und in allen Bereichen, in denen die so genannten südlichen Gesellschaften besonders kompetent sind.
- (5) Kenntnis als Grundprinzip des Dialogs und des Interesses für den Anderen, das sich zwar aus den übrigen Prinzipien ergibt, doch die Voraussetzung für deren Fortbestand im täglichen Leben sowohl der Gesellschaften als auch der Menschen darstellt.

Wesentlich ist, dass diese grundlegenden Prinzipien regelmäßig und einvernehmlich gegenüber den Realitäten und ihren Entwicklungen erweitert werden können.

Das Hauptprinzip ist mit Sicherheit die **volle Achtung des Anderen**, wobei es natürlich im Europa-Mittelmeer-Raum zwischen Völkern und Kulturen keine wichtigeren Beziehungen als Kenntnis, Austausch und **Gewissensfreiheit** (drittes Grundprinzip), die absolut und einschränkungslos gelten muss, geben kann. Damit wird die Universalisierung der demokratischen Werte und des Rechtsstaats für alle am Mittelmeer gelegenen Staaten ein glaubwürdiges Ziel. Dispute über die Verteidigung von Pseudopartikularismen oder über die so genannte Undurchlässigkeit bestimmter Kulturen für Menschenrechte und Demokratie verlieren damit jeden Anschein von Glaubwürdigkeit. Diese Dispute stehen auch in Widerspruch zu dem Konzept Léopold Sédar Senghors, das besagt, *der Partikularismus müsse zu Ende gelebt werden, um zum Anfang des Universalismus zu gelangen*. Die Aufgabe eines unverantwortlichen Relativismus in einer durch die plötzliche Radikalisierung der Konflikte in Unordnung geratenen Welt wäre allerdings nicht

gleichbedeutend mit Uniformität, da die Demokratie zwangsläufig von den Kulturen geprägt ist, in denen sie sich entwickelt hat.

Dieses Prinzip der gegenseitigen Achtung muss, sollen sich die Haltungen ändern, zu einer Änderung der Sichtweise führen. Dies würde bedeuten, die *Geschichte insgesamt neu zu bewerten*, wenn auch nur, um gegenseitige Beiträge und mehr oder minder lange Zeiträume zu ermitteln, in denen sich der eine oder andere über dieses Prinzip hinweggesetzt hat.

Dieses gemeinsame Vorhaben kann nur erfolgreich sein, wenn es **konsequent** und unter **unnachsichtiger Betrachtung der Vergangenheit** durchgeführt wird. So ermittelte Bildungs- und Informationselemente, die als Grundlage dienen und an alle Ebenen der betroffenen Gesellschaften, beginnend mit den Jüngsten in den Schulen bis hin zur breiten Öffentlichkeit in den Medien, übertragen werden, wären ein guter Ausgangspunkt für die Propagierung der gegenseitigen Achtung in den Realitäten von heute sowohl in den Vorstellungen der Welt als auch in den Zukunftsplänen.

Ist dieses Prinzip der gegenseitigen Achtung erst einmal aufgestellt und wird es eingehalten, induziert es ein zweites Grundprinzip, die **Gleichheit** in der Vielfalt und gegenüber den festzustellenden einzelnen Ungleichheiten. Gleichheit ist nicht relativ. Das Gleichheitsprinzip, von dem hier die Rede ist, muss sich konkret ausdrücken: als Gleichheit bei der Beteiligung am Dialog, beim angemessenen Zugang zum Austausch. Alles Dinge, die nicht verordnet, sondern täglich gelebt werden. Gleichheit, die spontan durch die kulturelle Bindung ausgedrückt wird und für die die Kultur das natürliche Terrain ist, muss rasch in allen Aspekten der Nachbarschaftsbeziehung Europa-Mittelmeer sichtbar werden. **Gemeinsame Institutionen**, wie die Europa-Mittelmeer-Stiftung können schnell sowohl kurz- als auch langfristig diesem zur Forderung gewordenen Wunsch gerecht werden. Damit dem so ist, muss diese Einrichtung für ihre Arbeit und die Wahl ihrer Tätigkeitsbereiche bestimmte Aktionsprinzipien formulieren und einhalten (siehe Pkt. 3.2).

Es wäre wirklich ein großes Novum, würde der Europa-Mittelmeer-Raum zu einem bevorzugten Ort, an dem alle ständig, über (stets achtenswerte) Unterschiede und zu oft erlittene Ungleichheiten hinweg, nach diesem Prinzip der Gleichheit (zwischen Staaten, Völkern, Kulturen, Individuen, Männer und Frauen) streben.

Die Gleichheit zu einem Grundprinzip des Dialogs im Europa-Mittelmeer-Raum zu machen, erfordert, dass die Frauen dabei die Akteure und die Hauptbegünstigten sind. Es muss uns stets bewusst sein, dass es der Kultur in diesem Raum nur gut gehen wird, wenn die Frau aufgefordert ist, hier voll und ganz ihre Rolle zu spielen, die Frau als Trägerin eines Wandels insgesamt und nicht die Frau als eine Kategorie unter anderen. Die Vision einer friedlichen Nachbarschaft und die Netzbeziehung, die sie ausdrückt, finden beide nur ihre Daseinsberechtigung, wenn sie die Frauen, die den Mittelpunkt der Erziehung und der zwischenmenschlichen Beziehungen bilden, als die Träger eines bevorstehenden Wandels und einer radikalen Metamorphose der Zivilgesellschaften sowohl im Norden als auch im Süden dieses Raums einbeziehen. Nur die Frau kann das Bindeglied zwischen mitunter zu stark auf sich selbst konzentrierten Welten bilden, die sich ohne sie weiterhin ignorieren und auf Spannungs- oder Blockadekategorien ausrichten werden. Als Hüterinnen der Traditionen, die aber gleichzeitig offen für Veränderungen und Emanzipation sind, haben die Frauen die besondere Fähigkeit, Spezifisches und Universelles im Alltag miteinander ins Gespräch zu bringen. Wie der UNDP-Bericht zum Thema „*Die menschliche Entwicklung in der arabischen Welt*“ zeigte, sind die Frauen vor allem aber, ungeachtet

der Diskriminierungen, denen sie weiterhin oft ausgesetzt sind, im Allgemeinen die dynamischsten Akteure der wirtschaftlichen Entwicklung.

Zusammen mit dem Grundsatz der gegenseitigen Achtung würde der Gleichheitsgrundsatz einen unendlichen Reichtum an Vorschlägen und Ideen bewirken, die lediglich nach ihrem jeweiligen Wert und nicht in Abhängigkeit von Macht und Stellung (wirtschaftlich, finanziell, militärisch usw.) desjenigen beurteilt würden, der sie vorgebracht hat.

Durch solche auf das gemeinsame europäisch-mediterrane Interesse gerichteten Vorschläge wird der Begriff einer gemeinsamen Zukunft und damit einer in der **immer besseren Kenntnis** der Völker und Kulturen (fünftes Grundprinzip) verwurzelten **Solidarität** (viertes Grundprinzip) Gestalt annehmen.

(ii) Diese Grundprinzipien (gegebenenfalls in eine Charta aufzunehmen) müssen für alle, die sich für den Aufbau des Europa-Mittelmeer-Raums verantwortlich fühlen, angefangen von den Staatschefs über Parlamente, Gewerkschaften, NRO bis hin zu den lokalen Vereinigungen und Gruppen von Bürgern und Bürgerinnen, lebendige Stütze und effiziente Nahrung sein. Zu diesem Zweck müssen die den Dialog strukturierenden Grundprinzipien ihrerseits in fünf Aktionsprinzipien zur Strukturierung des Wandels unterteilt werden:

Gerechtigkeit im Dienste der Gleichheit: Einzuleiten und zu entwickeln ist nicht ein (zumeist ungleicher) Dialog zwischen Zivilisationen, sondern ein Dialog über verschiedene Interpretations- und Konkretisierungsarten der gemeinsamen Zivilisationswerte.

Aneignung und gemeinsame Verantwortung, in Verbindung mit dem oben genannten Grundsatz: Es geht darum, das von einigen so genannten südlichen Partnern empfundene Gefühl des Ungleichgewichts zu beenden. Dies ist vor dem Hintergrund der Partnerschaft Europa-Mittelmeer besonders wichtig und sollte sich zunächst in der Errichtung gemeinsamer Institutionen äußern, die zur Förderung des Verantwortungsbewusstseins aller Partner beitragen würden.

Transversales Prinzip: In der Kultur, die hier, wie bereits gesagt, in der anthropologischen Bedeutung des Begriffs verstanden wird, setzt sich jede Frage oder Initiative innerhalb eines bestimmten Zusammenhangs bzw. einer bestimmten Richtung (Nord, Süd, Nord-Süd/Süd-Nord) auch in den übrigen fort.

Gegenseitige Bereicherung: Der Kulturdialog darf von den übrigen Dimensionen (Politik, Wirtschaft, Sicherheit) der Beziehungen zwischen Völkern und Ländern nicht losgelöst werden, sondern alle müssen sich gegenseitig bereichern. Der Dialog zwischen Völkern und Kulturen führt nur zur Wertschöpfung, wenn er zu einer für alle akzeptablen Kohärenz aller übrigen Dimensionen beiträgt.

Kooperation (im Rahmen der Solidarität) für eine Umsetzung des eingeleiteten Dialogs, die so konkret wie möglich und nahe an den tatsächlichen Bedürfnissen und Herausforderungen ist.

2.4. Die Notwendigkeit eines gemeinsamen institutionellen Unterbaus

i) Um bei den Entscheidungsträgern und Akteuren ein eigenes oder gemeinsames Verantwortungsgefühl zu wecken, müssen die Grundprinzipien unbedingt geschützt und

umgesetzt werden, und zwar nicht nur durch die Umsetzung in diese operativen Modalitäten, sondern auch durch die Errichtung eines **gemeinsamen institutionellen Rahmens** mit einer wirksamen Gewaltenverschränkung. Bis zur Errichtung dieses Rahmens bildet die Europa-Mittelmeer-Stiftung institutionell den einzigen gemeinsamen Ort - und die einzige gemeinsame Verbindungsstelle -, um das Wünschenswerte ins Machbare zu wenden.

Der Europa-Mittelmeer-Rat und die Assoziationsräte und -ausschüsse reichen weder als Schutzinstrument oder Unterbau, noch für Herstellung eines Gleichgewichts zwischen den Gewalten und Zuständigkeiten aus. Im Übrigen erschien es in der Europäischen Union nicht aus bloßem Zufall notwendig, ein Europäisches Parlament (zuerst von den nationalen Parlamenten beschickt, später durch allgemeine direkte Wahl bestellt), eine Europäische Kommission (als Hüterin der Verträge mit einem Initiativmonopol im Interesse der Gemeinschaft), einen Gerichtshof für die Rechtsprechung, einen Ausschuss der Regionen und einen Wirtschafts- und Sozialausschuss einzurichten.

Ohne den institutionellen Apparat der Europäischen Union einfach übertragen zu wollen ist klar, dass sich hier Stoff zum Nachdenken bietet, auch was die **Art und Weise** betrifft, **wie** sich dieser Apparat **allmählich** herausgebildet hat.

ii) Warum sollte nun, da der Dialog der Völker und Kulturen für den Europa-Mittelmeer-Raum nunmehr eine entscheidende, zum Zeitpunkt der Erklärung von Barcelona im November 1995 ungeahnte Bedeutung einnimmt, dieser gemeinsame institutionelle Unterbau nicht an den Anfang gestellt werden?

Das „*Stiefkind*“ des Barcelona-Prozesses würde so zum Zeichen der Zeit und zur Speerspitze der künftigen Beziehung zwischen Europa und dem Mittelmeerraum.

Es gäbe einen Europa-Mittelmeer-Rat für Kultur und Bildung (eigenartigerweise muss nämlich festgestellt werden, dass seit Barcelona nur zwei sektorbezogene Konferenzen dem Thema Kultur gewidmet wurden und die Bildungs- und Forschungsminister kein einziges Mal zusammengekommen sind).

Es gäbe eine Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer mit einem mächtigen Ausschuss für den Dialog der Völker und der Kulturen.

Es gäbe eine Stiftung, die mit der Parlamentarischen Versammlung die Aufmerksamkeit der Partner auf Verstöße gegen die Grundprinzipien lenken und mit dem Rat programmatische Prioritäten ausarbeiten könnte. Ihr fiel die Aufgabe zu, die laufenden Kulturprogramme und die kulturellen Auswirkungen anderer Maßnahmen (Privatisierung, Handelsöffnung, Visa- und Einwanderungspolitik, Diskriminierungsbekämpfung usw.) autonom zu evaluieren. Im Rahmen ihrer Aufgabe, Vorschläge auszuarbeiten, müsste die Stiftung so weit wie möglich die Erfahrungen und Initiativen der lokalen Gebietskörperschaften berücksichtigen und so den Stellenwert betonen, den diese einnehmen und im Alltag des interkulturellen Dialogs zunehmend einnehmen sollen.

Die geografisch oder thematisch organisierten Akteure der Zivilgesellschaft hätten uneingeschränkten Zugang zu jeder dieser drei gemeinsamen Institutionen, die getrennt und miteinander viel besser erfassen können, wo die Schwierigkeiten und Herausforderungen eines echten Dialogs der Völker und der Kulturen liegen und wie diese effizient überwunden bzw. angegangen werden können.

2.5. Die Heterogenität der Adressaten unserer Empfehlungen und der Durchführbarkeitsvoraussetzungen

Wir müssen der Heterogenität der Akteure des Dialogs, an die sich unsere Empfehlungen richten, Rechnung tragen. Ferner schien es uns im Interesse der Effizienz des Dialogs erforderlich, die unterschiedlichen Durchführbarkeitsvoraussetzungen (politischer, institutioneller, wirtschaftlicher, sozialer usw. Art) zu berücksichtigen, die erfüllt werden müssen, damit diese Empfehlungen praxiswirksam werden.

Unseren Überlegungen und Handlungsempfehlungen, die zunächst eher struktureller Art sind und dann stärker ins Einzelne gehen, richten sich unserer Auffassung nach an ein breites Spektrum verschiedener **Adressaten**, die zumeist auch **Akteure** des Dialogs sind, d.h.

diejenigen, die die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union konzipieren und konstruieren, um mit ihr und um sie einen *Freundeskreis* zu errichten und auch um darauf hinzuwirken, dass die EU dem Großteil der Länder des Südens als "*Freund*" erscheint.

diejenigen, die in den Staaten des Nordens und des Südens für die Politik und die Maßnahmen zuständig und engagiert sind, die zu diesem notwendigen Dialog sowie zum Fortschritt, den dieser bei der Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung, Desinformation, Unwissenheit, Verletzung der Menschenwürde, ungleicher Beziehungen zwischen Staaten, Bevölkerungen, Männern und Frauen oder Einzelpersonen fordert, einen Beitrag leisten können.

diejenigen, die sich in den Gesellschaften des Nordens und des Südens auf unsere Empfehlungen stützen können, um die politischen Verantwortungsträger zu deren konkreter Umsetzung unter Achtung der von uns benannten Prinzipien und Aktionskonzepte aufzufordern.

Damit dieser kurze "Aufgabenkatalog" der Akteure keine Grundsatzpetition bleibt, sondern vielmehr konkret wird, damit der Dialog Früchte trägt, müssen spontan einige **Durchführbarkeitsvoraussetzungen** erfüllt werden oder bereits vorher gegeben sein.

Die erste Voraussetzung ist, dass die politischen Entscheidungsträger beiderseits des Mittelmeers ein Bewusstsein und Respekt dafür entwickeln, dass die Kultur zuerst und vor allem der Bereich der faktischen und grundsätzlichen Gleichheit aller Beteiligten ist. Damit dem so ist, müssen sich die Entscheidungsträger an dem von uns benannten "neuen institutionellen Dreieck" (siehe Punkt 2.4) beteiligen, in dessen Rahmen die Europa-Mittelmeer-Stiftung als "Hüterin der Aktionsprinzipien" des Dialogs (siehe Punkt 3.2) eine entscheidende Rolle spielen soll. Keine Kulturform kann Anspruch auf irgendeine Art von Höherwertigkeit erheben. Allen Kulturformen ist trotz ihrer Unterschiede gemein, dass sie Ausdruck der menschlichen Besonderheit, sind und in diesem Sinne sind sie alle gleich.

Die zweite, davon unmittelbar abgeleitete Voraussetzung ist, dass sich die EU und ihre Mittelmeernachbarn bewusst sein müssen, dass die kulturelle Dimension der aktuellen Geschichtsentwicklung in ihren eigenen Reihen wie auch für die beiden Gruppen, die sie bilden, künftig von entscheidender Bedeutung ist. Sie entspricht dem Willen der EU, *ihre Identität durch alle Nachbarschaftsbeziehungen zu bereichern, die sie charakterisieren* und die sie um sich herum knüpft. Sie entspricht dem Wunsch der Völker des Mittelmeerraums, ihren Beitrag zur Weltkultur bekannt zu machen und anerkannt zu

sehen. Ferner entspricht sie der Notwendigkeit, die Verbindungen zwischen Europa und den anderen Mittelmeerrändern auf ein klares Verständnis aufzubauen.

Die dritte Voraussetzung besteht darin, dass der Wille, die kulturelle und menschliche Dimension hervorzuheben, auf der Nord-Süd-Achse der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft sowie im nördlichen und südlichen Mittelmeerraum klar zum Ausdruck kommt und schnell konkretisiert wird.

Im Norden, wo das ursprüngliche kulturelle Fundament überall gefordert ist, sich zu wandeln und an eine zunehmend multikulturelle, multiethnische und multinationale Realität anzupassen, muss die doppelte Botschaft lauten: Lernen, diesen neuen Reichtum *auszuschöpfen* und einen *interkulturellen* Dialog und eine interkulturelle Gesellschaft anstreben, das heißt, einen Dialog und eine Gesellschaft, die gemeinsam verantwortet und errichtet werden. Um die kulturelle Dimension ausschöpfen zu können, führt der Weg hauptsächlich über die **Bildung** (ab der Schule, der Kindheit, aber auch im Familienkreis) und über das **Leben in der Arbeit und in der Gemeinschaft** (dazu sind auch Maßnahmen im Bereich der **Medien** notwendig).

Im Süden reicht es aus, dass sich solide und offene Partner herausbilden, damit die Multiplikation der Fortschritte im Norden und in den Nord-Süd/Süd-Nord-Beziehungen die erwarteten Früchte trägt. Somit ist die Botschaft klar: Damit dies geschieht, braucht es Initiativen, die allein die Staaten und Zivilgesellschaften *des Südens* ergreifen können. Diesbezüglich gehört die Einbeziehung der Zivilgesellschaften in die Einführung und Entwicklung dieser Initiativen zu den **Mindestvoraussetzungen für die Wirksamkeit**. Um dieser Notwendigkeit nachzukommen, müssen mindestens einige dieser Voraussetzungen benannt werden, die es erlauben, in diesen Zivilgesellschaften eine Vereinigungsdynamik (Gewerkschaften, Vereinigungen usw.) zu schaffen und zu fördern, gegenseitig Investitionen anzuregen und anzuziehen (Rechtsrahmen, Rechtsstaat). All das zeigt, dass im Süden wie im Norden nach einer ähnlich gelagerten Prioritätenfolge der Bildung, den Medien und dem Leben in der Arbeit und in der Gemeinschaft, dieselbe Aufmerksamkeit beigemessen werden muss.

Auf der Nord-Süd/Süd-Nord-Achse, wo es der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft noch nicht gelungen ist, Beziehungen in einer Qualität hervorzubringen, die der Intensität der kulturellen und persönlichen Beziehungen entsprechen, muss die Botschaft lauten: Überarbeitung der Partnerschaft vor dem Hintergrund der *kulturellen Dimension* und der daran geknüpften Prinzipien. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Kultur Initiativen in anderen Bereichen ersetzen oder ein Allheilmittel sein kann. Nach dem Prinzip der gegenseitigen Bereicherung kann die Kultur Sinn und Kohärenz stiften, wenn die menschliche Dimension ins Zentrum der Nachbarschaftsbeziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum gerückt wird.

Der Gefahr, dass in Vergessenheit gerät, wie eine echte - und vor dem Hintergrund der „Nachbarschaft“ endlich ausgewogenen - Partnerschaft aussehen sollte, kann insbesondere durch **gemeinsame Institutionen** begegnet werden: Zunächst durch die Europa-Mittelmeer-Stiftung und die Europa-Mittelmeer-Bank, denen schnell das „institutionelle Dreieck“ folgen wird, dessen Architektur wir erläutern haben (siehe Punkt 2.4). Diese Institutionen scheinen besser geeignet, die **kulturelle Gleichheit** faktisch zum Ausdruck zu bringen und zu diesem Zweck ein voluntaristisches Vorgehen in Politik und Kultur anzustoßen.

III. UNVERZÜGLICHE EINLEITUNG EINES ERNEUERTEN DIALOGS

Damit ein erneuerter interkultureller Dialog die gewünschten Auswirkungen auf die Beziehung zwischen Europa und dem Mittelmeerraum zeitigt und zu einem für alle Regionen der Welt echten lehrreichen Laboratorium wird, muss er bei seiner Umsetzung, angefangen von den ersten Voraussetzungen bis hin zu den Modalitäten seines täglichen Funktionierens ein Musterinstrument darstellen, das unbestreitbare Leistungen hervorbringt sowie Ergebnisse, die vielleicht nicht unmittelbar "messbar", doch aber mittelfristig sichtbar sind.

Die zeitliche Komponente ist von entscheidender Bedeutung. Die Empfehlungen, die wir den politischen Entscheidungsträgern und den zivilgesellschaftlichen Akteuren vorlegen wollen, bilden zeitlich gesehen ein untrennbares Ganzes. Dringlichkeit ist in allen betroffenen Tätigkeitsbereichen geboten. Bestimmte Maßnahmen, bestimmte Funktionsweisen und die Umsetzung bestimmter Instrumente verlangen langfristig Geduld und Hartnäckigkeit, doch bei keiner unserer konkreten Empfehlungen darf sich der Beschluss, tätig zu werden, verzögern. Auf dem Spiel steht die Kohärenz des Ganzen, sein Erfolg insgesamt und schließlich die Glaubwürdigkeit aller Anstrengungen der einzelnen Dialogpartner.

Der Erfolg dieses Dialogs hängt von drei ebenfalls untrennbaren Komponenten ab. Zunächst müssen die Voraussetzungen für den Dialog geschaffen werden und allen voran die Dialogfähigkeit der Akteure. In dieser Vorphase ist die Bildung das bevorzugte Instrument. Während des eigentlichen Prozesses geht es dann darum, wie der Dialog im Alltag funktioniert, wie er wirksam zu einem echten Austausch wird durch virtuelle oder materielle Instrumente zur Kommunikation zwischen Personen und Körperschaften und durch die damit einhergehenden Mobilitätsprogramme für Personen und Maßnahmen. Anschließend muss der Prozess gefestigt, begleitet und auf allen Ebenen der Zivilgesellschaft verbreitet werden. Diese entscheidende Aufgabe obliegt den Medien und all denen, die in irgendeiner Funktion den allmählichen Meinungsbildungsprozess beeinflussen.

Diese in ihrer Stoßrichtung unterschiedlichen und zeitlich abgestuften Komponenten bilden eine notwendige, aber nicht hinreichende Grundlage, die durch einen geeigneten Entscheidungsrahmen gestützt werden muss. Wir sind weiter oben auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen institutionellen Unterbaus auf beiden Seiten des Mittelmeers eingegangen. Wenn es um konkrete Maßnahmen geht, bedarf es eines Instruments, um diese administrativ und rechtlich umzusetzen. Wenn die Verwirklichung dieser Aufgaben nicht in die Zuständigkeit der öffentlichen Hand fällt, muss selbstverständlich die Kulturstiftung Europa-Mittelmeer die Rolle eines Motors spielen. Es genügt, dass ihr die öffentlichen Behörden dahingehend klare Zielvorgaben machen und sie mit den notwendigen Zuständigkeiten und Mitteln ausstatten. Leistungen und Ergebnisse der Stiftung lassen sich beispielsweise an der Berücksichtigung der Gleichstellung zwischen Mann und Frau als Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen ihres Handelns messen. Die Einrichtung einer Gender-Beobachtungsstelle (Gender Watch) innerhalb der Stiftung könnte dazu einen Beitrag leisten. Damit sich dieses Vorgehen passgenau mit der umfassenderen Rolle der Stiftung als Hüterin deckt, müsste diese mit einem "**Aufsichtsreferat**" ausgestattet werden, das die "bewährtesten sozialen Praktiken" und die bewährtesten Formen des interkulturellen Dialogs ausfindig machen und prüfen soll, ob diese im größeren Maßstab übertragbar sind.

Wenn allerdings die Verwirklichung dieser Maßnahmen und vor allem der Beschluss über deren Einleitung in die Zuständigkeit der öffentlichen Hand fällt, muss sich diese die Empfehlungen, die wir ihr vorlegen, auf allen Entscheidungsebenen (lokal, national, Gemeinschaftsebene oder regional im Sinne der Europa-Mittelmeer-Region) zu eigen machen, sie festschreiben und fördern. Das gehört zu den unabdingbaren Erfolgsvoraussetzungen für den erneuerten Dialog insgesamt und gewährleistet auch, dass sich dieser auf einen starken politischen Willen stützt. Ein solcher Dialog ist risikobehaftet und muss daher bis in die letzte Konsequenz sorgfältig durchdacht werden.

3.1. Empfehlungen für Maßnahmen und Beschlüsse

3.1.1. Die Bildung als zentraler Träger des Erlernens der Vielfalt und des Kennenlernens des Anderen

Die Bildung steht im Zentrum unserer Empfehlungen und ist der Dreh- und Angelpunkt des Gesamtkonzepts, ohne den der Dialog hinfällig ist, denn dann gäbe es keine Dialogpartner, die in der Lage sind, Wissen aufzunehmen und weiterzugeben. Stellt man die Bildung nicht als privilegiertes Dialoginstrument in den Vordergrund, akzeptiert man die Idee, den Dialog einer selbstbezogenen Elite vorzubehalten, eine hochrangige Beratergruppe würde auf die andere folgen und stieße weder auf ein Echo, noch brächte sie Ergebnisse hervor. Durch Bildung lässt es sich erreichen, dass der Dialog die Zivilgesellschaften stimuliert, das Sozialgefüge durchdringt, ein echter Dialog der Völker wird, aufgeklärter Völker durch die Kenntnis ihrer selbst und der anderen und bestrebt, diese Kenntnis zu vertiefen. Eben dies ist die Voraussetzung für die Aneignung als eines der fünf Aktionsprinzipien, die unseren Vorschlägen zugrunde liegen.

Alle Maßnahmen in diesem Bereich beginnen in der **Schule**, so jung wie möglich, wenn künftige Verhaltensweisen geprägt werden. In der Schule lernt das Kind, was Achtung heißt, Selbstachtung und Achtung des Anderen. In der Schule entdeckt es, sich selbst zu betrachten, was nicht selbstverständlich, aber ausschlaggebend dafür ist, wie der Andere betrachtet wird. Gibt es Lehrkräfte, die diesbezüglich ausgebildet und angewiesen sind, lernt das Kind in der Schule die Lust, die Neugier und den Wunsch, die Grenzen seines Wissens zu erweitern. Im Laufe der gesamten Ausbildungszeit werden ihm nach und nach die Wissensgrundlagen vermittelt, die es ihm ermöglichen, sich als Erwachsener ein kritisches Denken anzueignen und frei zu seinen Gewissensentscheidungen unter Achtung derer Anderer zu stehen.

Damit die Schule diese Aufgabe erfüllen kann, müssen jedoch einige **Forderungen** akzeptiert und auf allen Ebenen der Bildungssysteme umgesetzt werden.

Neuaustrichtung der eigentlichen Ziele des Schulsystems: Neben die "Produktivitätslogik" des Bildungswegs soll künftig eine "Staatsbürgerlogik" treten, die nicht nur auf die Vorbereitung auf das Berufsleben abstellt, sondern auch auf den Zugang zur Kultur und das Erlernen der staatsbürgerlichen Tugenden.

Anknüpfend an die vorangegangene Forderung muss in den Lehrplänen den Fächern ein zentraler Platz eingeräumt werden, in denen der Unterricht zur Herausbildung der kulturellen Identität und zum staatsbürgerlichen Bewusstsein beiträgt: Geschichte, vergleichende Religionslehre, Literatur, bildende und visuelle Kunst, Sprachen.

Ausgewogenheit des Wissens: Um einen Dialog, der den Anderen respektiert, zu ermöglichen, muss das Wissen über den Anderen aus einem vergleichenden Unterricht

der Fächer gewonnen werden, die zum Ausdruck der Gewissensfreiheit und zur Herausbildung von Vorstellungswelten und Kulturen in ihren unterschiedlichen geografischen Räumen und Identitäten beitragen. Das ist für den Religions-, aber auch für den Geschichts-, den Literatur- und selbstverständlich auch den Sprachunterricht von entscheidender Bedeutung.

Über die Infragestellung der jeweiligen Lehrinhalte hinaus beinhalten diese drei Forderungen die **Umgestaltung der Lehrpläne**, wobei nicht alles völlig verändert werden soll, sondern durch die Ausgewogenheit beim Entdecken der Vielfalt der Kulturen soll das Erlernen der Dialogfähigkeit ermöglicht werden. Die Forderungen beinhalten ferner eine dahingehende Überprüfung der Bewertungskriterien der Bildungssysteme und insbesondere der "Leistungsindikatoren", die von den Bildungsministerien und den zuständigen internationalen Organisationen (UNESCO, UNDP, OECD, usw.) genutzt oder vereinbart werden.

Man muss sich jedoch bewusst sein, dass dieses Konzept nicht leicht umzusetzen ist, denn es erfordert einen starken politischen Entscheidungswillen, beständige Anstrengungen seitens der Lehrkräfte und allzeit Wachsamkeit seitens aller bei seiner Anwendung. Wir ersuchen alle Staaten der Region, denen es allein zusteht, in dieser Sache zu entscheiden, unverzüglich diese Anstrengungen zu unternehmen und die erforderliche Wachsamkeit zu üben.

Die gegenseitige Achtung und die Möglichkeit einer vergleichenden Analyse der Religionen hängen von der Anerkennung der religiösen Vielfalt ab. Wenngleich die religiöse Identität an sich Achtung verdient, muss sie offen bleiben und dazu muss jeglicher Rückzug auf die eigene Identität nachdrücklich abgelehnt werden. Ein tiefgreifendes Verständnis der Religion des Anderen setzt Anstrengungen voraus, sich gegenseitig kennen zu lernen. Dank dieser Empathie tritt der Eine der Vorstellungswelt des Anderen positiv gegenüber. Keine dialogwillige Religionsgemeinschaft kommt darum herum, darüber nachzudenken, ob sie fähig ist, diesen Schritt zu gehen. Jenseits der Anstrengungen, die die Religionsgemeinschaften unternehmen müssen, scheint uns klar, dass die Verwirklichung dieses Ziels vor allem an der Umsetzung eines **Bildungsprojekts** hängt. Dieses Bildungskonzept erlaubt es, mit Gelassenheit dem Abschluss des Säkularisierungs- und danach des Laizisierungsprozesses entgegenzusehen, der unter anderem Ausdruck einer zeitgenössischen Form der Moderne ist. Daher muss die Schule über die psychosozialen, kulturellen und teils "politischen" Funktionen der Religion aufklären. So ließe sich mit Sicherheit die kritische Wahrnehmungsfähigkeit schärfen und dem Aufkommen eines bisweilen irrwitzigen Kommunitarismus vorbeugen.

Das vorangehend Erläuterte hat für das Bildungssystem und insbesondere für die Religionslehrer bedeutende Folgen. Wer soll Religionsunterricht erteilen? Wer kann die verschiedenen Lehrinhalte der Religionen brauchbar vermitteln? Hier ist möglichen Missverständnissen vorzubeugen, denn es ist klar zu unterscheiden zwischen Religionsunterricht wie ihn die Anhänger einer Religion verstehen und bei dem es um die Vermittlung ihrer Werte, Dogmen und Liturgie geht, um diese Religion richtig praktizieren zu können (wie etwa der Katechismus der Katholiken) und der *vergleichenden* Religionslehre, bei der es nur um die Kenntnis der Religionen und ihrer Geschichte geht. Letzteres und nur letzteres bildet eine der Grundlagen für das Erlernen des Kulturdialogs auf dem Bildungsweg. Ersteres verdient höchste Achtung, fällt jedoch nicht unter das hier verfolgte Ziel. Folglich müssen fachkompetente Lehrkräfte mit der vergleichenden Religionslehre betraut werden, die über ihre eigenen

Gewissensentscheidungen hinaus in der Lage sind, eine vergleichende Analyse der Religionen *mit der Objektivität des Fachmanns und nicht mit der Leidenschaft des Gläubigen* zu vermitteln. Diese Wahl zu treffen ist unerlässlich und Voraussetzung für den Erfolg der auf dem Bildungsweg vermittelten Dialogfähigkeit.

Die Schwierigkeit dieses Vorhabens besteht in der Einbeziehung der im Europa-Mittelmeer-Raum äußerst heiklen Religionsthematik in den Bildungsbereich unter Berücksichtigung des unverrückbaren Charakters und des Absolutheitsanspruchs von Religion, ohne dass die pädagogische Vermittlung des auf Neugier, Selbstachtung und Öffnung für den Anderen beruhenden Wissens voneinander darunter leidet.

Die Kernfrage ist somit die **Ausbildung der Lehrkräfte**. Wir schlagen eine Initiative in diesem Bereich vor, die über ein Netz aus Hochschulen beiderseits des Mittelmeers Veranstaltungen ermöglicht, in denen Grundschul- und Sekundarstufenlehrer in der vergleichenden Analyse von Fächern (darunter Religionen), die zur Herausbildung der kulturellen Identität beitragen, geschult werden und für die pädagogische Vermittlung des Wissens voneinander und die Techniken des Dialogs zwischen Personen sensibilisiert werden. Diese Veranstaltungen sollten in jeder der am Netz teilnehmenden Hochschulen auf Grundlage der Gegenseitigkeit und der Mobilität der Lehrkräfte von Nord nach Süd und umgekehrt durchgeführt werden. Angesichts des hohen Bedarfs sind für diese Maßnahmen umfangreiche Mittel (Stipendien) und Verwaltungskapazitäten erforderlich, was ein intensives Engagement aller Mittelmeerstaaten und der europäischen Institutionen voraussetzt. Ohne diese Mittel kann das Vorhaben langfristig nicht weiterverfolgt werden, was wiederum die Daseinsberechtigung und die Effizienz dieser Maßnahmen belasten würde. Wegen der ungleichen Verteilung der Mittel zwischen den nördlichen und den südlichen Anrainerstaaten, ersuchen wir die Europäische Kommission die Möglichkeit der Einrichtung eines spezifischen Kooperationsinstruments zu prüfen, das die bestehenden Programme (MED, TEMPUS) mit Unterstützung der künftigen Europa-Mittelmeer-Kulturstiftung finanziell stärken und konzeptuell bereichern soll.

Das **Erlernen von Sprachen** ist ebenfalls eine Kernfrage. Über die praktische Kommunikationsfähigkeit hinaus verleiht die Kenntnis der Sprache des Anderen dem verbalen Austausch, dem Dialog eine Intensität, eine Note, eine Gemeinsamkeit, die kein auch noch so begabter Dolmetscher wirklich vermitteln kann. Wir ersuchen alle Staaten der Region, die hierfür zuallererst zuständig sind, Anstrengungen zu unternehmen, um einerseits das Erlernen der Sprachen des "Nachbarn" in den Schullehrplänen stärker in den Vordergrund zu rücken und andererseits das Lehrpersonal entsprechend aufzustocken, um diesem neuen Bedarf Rechnung zu tragen. Die Europäische Kommission ersuchen wir zu prüfen, mit welchen Mitteln die Staaten des Südens unterstützt werden können. Ferner fordern wir die nördlichen Mittelmeeranrainerstaaten auf, sich besonders darum zu bemühen, in den Kreisen ihrer Schüler und Studierenden die Sprachen des südlichen Mittelmeers und insbesondere das Arabische zu fördern. Diese Ermunterung, diese Bemühung, den jungen europäischen Generationen den Gefallen an Sprachen, den Wunsch, sie zu beherrschen, zu vermitteln, stellt einen entscheidenden Schritt hin auf einen erneuerten Dialog zwischen beiden Seiten des Mittelmeers sowie eine entscheidende Komponente des europainternen Dialogs zwischen der einheimischen Bevölkerung und den durch Einwanderung hinzugekommenen neuen Europäern dar.

Dass die Jugendlichen den Dialog der Kulturen erlernen, hängt allerdings nicht nur am Unterricht und an der Neuformulierung der Bedingungen für seine Erteilung in schulischen Einrichtungen. Dies ist vor allem Aufgabe der Familien, die ins Schulleben

eingebunden werden müssen, damit Wissen ergänzend und nicht konkurrierend weitergegeben wird. Ferner ist es eine Frage der **Mobilität** und der **Kommunikation**. Die Jugendlichen müssen mobil sein und die Vielfalt der Kulturen, indem sie reisen, an Austauschmaßnahmen teilnehmen und Meere und Grenzen überqueren, kennen lernen. Die am Erlernen des Dialogs beteiligten schulischen Einrichtungen beiderseits des Mittelmeers müssen bei dieser Aufgabe miteinander kommunizieren. Mobilität und Austauschmaßnahmen dürfen nicht nur einer universitären Elite vorbehalten bleiben. Wenn der Dialog der Kulturen das Sozialgefüge durchdringen soll, muss sich die Schule als dessen Zentrum, dessen "Baumeister", dem Entdecken ihrer Partner auf der anderen Mittelmeerseite unter anderem durch Schulpartnerschaften öffnen und die Schüler anspornen, ihren Mitschülern auf der anderen Seite zu begegnen. Auch dafür sind Mittel nötig. Analog zu dem, was bei den Mobilitätsprogrammen für Studierende in Europa und beim Jugendaktionsprogramm Europa-Mittelmeer getan wurde, und parallel zur notwendigen Stärkung der bestehenden Mobilitätsprogramme für Studierende im Europa-Mittelmeer-Raum (Mobilität der Studierenden während des Studiums und nicht nur für die weit Vorangeschritten am Ende der Ausbildung, Grundsatz der Gegenseitigkeit und Garantie der Rückkehr in das Herkunftsland), wünschen wir die Verwirklichung eines umfangreichen Mobilitätsprogramms für Schüler im Europa-Mittelmeer-Raum (bevorzugte Zielgruppe: 10-12-Jährige). Dieses Programm sollte Austauschaufenthalte von kurzer Dauer, die Finanzierung von Reise- und Unterkunftskosten in Gastfamilien und die Begleitung der Schüler durch entsprechende Lehrkräfte vorsehen. Diese Austauschmaßnahmen - sei es in Verbindung mit Partnerschaften der Herkunfts- und der Gasteinrichtungen oder nicht - müssen ein tatsächlicher Austausch sein und dazu führen, dass sowohl Schüler des Südens nach Norden, Schüler des Nordens nach Süden und Schüler des Südens in andere Länder des Südens reisen. Um bei diesen Austauschmaßnahmen möglichst viel voneinander zu lernen, müssen diese Maßnahmen systematisch von der Bemühung einer allmählichen Annäherung der pädagogischen Inhalte und vom Austausch von Bildungsmodulen in allen Fächern, die zur Herausbildung von Identitäten beitragen (Kulturen, Geschichte, Literatur usw.), begleitet werden, damit mittelfristig Lehrpläne mit gemeinsamen Wissensinhalten entstehen.

Diese Annäherung der pädagogischen Inhalte des Schulunterrichts sollte einem langfristigen tiefgreifenden Unterfangen vorangehen, nämlich der Errichtung eines **gemeinsamen Wissensgrundstocks** der Geisteswissenschaften, der mehr umfasst als nur gemeinsame Lehrinhalte. Es geht darum, die Geisteswissenschaften regelrecht neu zu begründen, die Geschichte der Mittelmeerregion in ihrer anthropologischen, rechtlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension gründlich zu überprüfen, so dass alle tendenziösen Auslegungen, alle irreführenden Ambiguitäten der Sprache und des Vokabulars, alle falschen Wahrheiten, alle Zerrbilder des Anderen und alle Zeichen des gegenseitigen Misstrauens und ihre politische und ideologische Ausschlichtung aufgespürt und beseitigt werden, nicht etwa, um sie zu verbergen, denn auch Lügen sind Teil der Geschichte, sondern um sie als solche zu entlarven. Diese ungeheuere, langfristig angelegte Arbeit muss sich auf Studien stützen, die zu diesem Thema bereits existieren, sowie auf die klassischen Werke und die Referenzwerke, deren Verbreitung und Übersetzung ausgebaut und von den Staaten der Region, die diesbezüglich die einzig Verantwortlichen sind, sowie von den Verlagen, die derartige Werke veröffentlichen, unterstützt werden sollten. Die Schulbücher über die Geschichte der Mittelmeerregion müssen überarbeitet werden, um alle negativen Stereotypen ausfindig zu machen und sie als solche zu behandeln. Diese Arbeit kann nicht von einigen anerkannten Fachleuten in jedem der Staaten der Region getrennt geleistet werden. Letztere sind dafür zuständig, diese Maßnahme umzusetzen, doch müssen sie eng zusammenarbeiten und gemeinsame

Instrumente ins Auge fassen, um dieses schwierige Vorhaben erfolgreich zu Ende zu bringen. Dafür schlagen wir einen institutionellen Unterbau auf zwei Ebenen vor:

Zum einen soll für die semantische Analyse der Texte und das Auffinden von Ambiguitäten der Sprache und des Vokabulars eine Europa-Mittelmeer-Akademie geschaffen werden, der für die Gesamtheit der Region repräsentative Schriftsteller und anerkannte Fachleute angehören und die mit Unterstützung der Europa-Mittelmeer-Stiftung für den Kulturdialog arbeitet.

Zum anderen soll für die historische Forschungsarbeit im eigentlichen Sinne ein spezialisiertes Hochschulnetz auf beiden Seiten des Mittelmeers eingerichtet werden, das mit regelmäßigen Zusammenkünften in der einen oder anderen Hochschule arbeitet und über einen genauen Terminkalender für die zur Fertigstellung seiner Aufgabe nötigen Jahre verfügt. Auch hier sollte die Stiftung die Kosten dieses Netzes tragen und dabei bei den Ideen Anleihe nehmen, die bei der Ausarbeitung des früheren Europa-Mittelmeer-Programms für die Geisteswissenschaften entwickelt wurden.

In derselben Stoßrichtung dieses Vorschlags, schlagen wir - auch um zu gewährleisten, dass das aus diesen Arbeiten resultierende gemeinsame Wissen zusammengetragen, verbreitet und vertieft wird - die Einrichtung ständiger **Europa-Mittelmeer-Studienzentren** und die Schaffung eines Universitätslehrstuhlnetzes um das Mittelmeer herum vor. Dieses Netz soll den Namen „**Braudel-Ibn-Khaldoun-Netz**“ tragen, nach Braudel, dem europäischen Historiker (1902-1985), dem Autor von "Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II", der aus einem interdisziplinären und anthropologischen Geschichtsansatz heraus das Konzept der „économie-monde“ entwickelt hat, und nach Ibn Khaldoun, dem berühmtesten arabischen Historiker (1332-1406), dem Autor des „Kitab al-Ibar“, dem Geschichtsschreiber der vorislamischen Epoche und der muslimischen Reiche. Dieses Braudel-Ibn-Khaldoun-Netz könnte sich in Zusammenarbeit mit der Stiftung an das Jean-Monnet-Netz anlehnen, sich mit ihm zusammenschalten und in seinem Sinne im Mittelmeerraum dessen natürliche Verlängerung darstellen und die Nachbarschaftspolitik unterstützen. Auch hier ersuchen wir die Europäische Kommission, die Bereitstellung geeigneter Mittel für die Arbeit dieses Netzes als Ergänzung zum bereits bestehenden Jean-Monnet-Netz zu prüfen. Dies wäre etwa für die Einrichtung eines Masterstudiengangs zur Kultur des Mittelmeerraums in den Hochschulen um das Mittelmeer herum selbstverständlich ein günstiger Rahmen.

3.1.2. Förderung der Mobilität, des Austauschs und der Nutzung von Kenntnissen, Fähigkeiten und bewährten sozialen Praktiken

Der oben für den Bildungsbereich festgelegte operative Rahmen ist von zentraler Bedeutung, reicht jedoch alleine für den Dialog der Völker und Kulturen im Europa-Mittelmeer-Raum nicht aus. Auch das außerschulische und außeruniversitäre Umfeld kann entscheidend sein, um junge Leute zum Dialog heranzuziehen und bei ihnen den Wunsch zu wecken, auf andere zuzugehen, ihnen zu begegnen und sich mit ihnen auszutauschen. Außerhalb der Schule können die familiären, örtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausschlaggebend sein und manchmal sogar die Umsetzung der in der Schule unternommenen Anstrengungen zum gegenseitigen Kennenlernen be- oder verhindern. Die Bildung hört demnach nicht an den Schultoren auf. Besondere Aufmerksamkeit muss auch den Familien, vor allem den Eltern, den Erwachsenen im Allgemeinen und dem gesamten so genannten informellen Bildungssektor gewidmet werden. Zu Recht sollten unsere Anstrengungen vorrangig auf die Kinder und Jugendlichen abzielen. Jedoch müssen auch die Erwachsenen - sowohl in ihrer Eigenschaft

als Erzieher als auch zu ihrer persönlichen Entfaltung - erzogen, gebildet, informiert und sensibilisiert werden. Wie die Schulbildung können und dürfen die ständige Weiterbildung, das lebenslange Lernen nicht ausschließlich auf die Eingliederung in das Berufsleben ausgerichtet sein. Eines ihrer wichtigsten Ziele ist heute - wie auch bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen – die Heranführung an Kultur und Staatsbürgerlichkeit.

Daher ist es aus unserer Sicht ganz entscheidend, dass außerhalb des Bildungssystems **Bürgertreffpunkte** organisiert werden, die sich völlig von den Orten unterscheiden, an denen es zu „Kontakten“(!) zwischen Einwanderern und Zollbehörden, Polizei usw. kommt. Vielmehr würde es sich um Orte des Dialogs handeln, wo Erwachsene, Jugendliche, verschiedene Generationen zusammenkommen und sich austauschen können. Denn der Dialog der Kulturen ist auch ein Dialog der Generationen, doch kann und muss er ebenso ein Dialog gesellschaftlicher Gruppen sein, die häufig abgeschottet leben, gefangen in ihren Ängsten, ihren Vorurteilen, ihrem Hass derer, die mehr haben oder gerne mehr hätten, ihrer Wut auf die Arroganz, ihrer Angst vor dem Elend und ihren Klischeevorstellungen voneinander. Die soziale Durchmischung sollte das vorrangige Anliegen dieser Bürgertreffen sein, die zivilgesellschaftliche Vereinigungen mit Unterstützung der Europa-Mittelmeer-Stiftung für den Kulturdialog und der lokalen und nationalen Behörden auf beiden Seiten des Mittelmeers veranstalten und in Netzwerken organisieren sollten.

Die Organisation dieser Treffpunkte in Netzwerken hat den doppelten Vorteil, eine zu große Vielfalt und mangelnde Kohärenz derartiger Initiativen - eine echte Gefahr und Garantie für den langfristigen Misserfolg - zu vermeiden und gleichzeitig für einen enormen Multiplikatoreffekt der Austauschveranstaltungen und Treffen zu sorgen. Auf diese Weise ist keine Gruppe - unabhängig von ihrer Denkart - auf eine Konfrontation mit dem Gegenüber festgelegt, die leicht zu bisweilen tödlichen Konflikten führen kann. Dadurch gibt es immer noch ein anderes Gegenüber, das Eingreifen eines Dritten, die fortlaufende Projizierung des Dialogs auf andere Horizonte, andere Möglichkeiten, andere Zuhörer oder andere Antworten.

Jedoch dürfen vor allem die Netzwerke nicht der Versuchung erliegen, es bei einer virtuellen Kommunikation unter Einsatz moderner elektronischer Medien bewenden zu lassen, der kontraproduktiv sein kann. Die Zusammentreffen müssen an ganz konkreten Orten stattfinden, wo alle Varianten des Dialogs erprobt werden können und wo der Austausch nicht abstrakt erfolgt, sondern durch die Kontakte bereichert wird. Die Orte müssen es den Menschen ermöglichen, miteinander zu reden, sich anzusehen und anzufassen, dem Klang der Stimmen und der Melodie der Worte zu lauschen, die Hautfarbe zu sehen, die Emotion der Blicke und der Gesten zu erfassen und die Gerüche und Düfte einzusatmen. All dies sind verschiedene Formen von Sprache, die einem viel über sich selbst und den Anderen sagen, und Gelegenheiten, den Dialog der Kulturen durch den Dialog der Sinne zu erlernen. Ferner wird auch ein zentraler Ort benötigt, wo alle, die die Treffpunkte auf beiden Seiten des Mittelmeers animieren, die permanent dort präsent sind oder gelegentlich dorthin kommen, einmal oder mehrmals pro Jahr zusammentreffen können.

Denn der Austausch besteht nicht nur darin, sich irgendwo niederzulassen und im kleinen Kreis miteinander zu reden. Austausch bedeutet auch, sich von der Stelle zu bewegen, die Straße, das Meer zu überqueren und sich zum Anderen hinzubegeben. Dies gilt nicht nur für die Schüler, Studierende, Lehrer, Professoren und Forscher, sondern für alle Männer und Frauen, die zu der so genannten Zivilgesellschaft gehören und ihre kulturellen

Unterschiede, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in den Austausch einbringen müssen. Und was ließe sich besser einbringen als Großzügigkeit und gemeinsame Anstrengungen? Auf beiden Seiten des Mittelmeers gibt es Tausende lokaler Vereinigungen. Jede davon hat ihre Besonderheiten, ihre kulturelle Identität und ihr spezifisches Können. Die häufig beispielhafte Tätigkeit dieser Vereinigungen, insbesondere im humanitären Bereich und im Bereich der sozialen Solidarität, kann einen enormen Beitrag zum Dialog und zum gegenseitigen Verständnis leisten. Aber diese Vereinigungen sind isoliert, es mangelt ihnen an Mitteln und sogar an öffentlicher Unterstützung, obwohl sie manchmal Aufgaben übernehmen, für die eigentlich die öffentliche Hand zuständig wäre.

Aufgabe der Stiftung wird es sein, die Gründung derartiger Vereinigungen zu erleichtern, insbesondere indem den Initiatoren aufgezeigt wird, wie sie Zugang zu öffentlichen Mitteln erhalten, und indem ihre langfristige Lebensfähigkeit gefördert wird. Ihre Rolle ist für den Kulturdialog von wesentlicher Bedeutung und ermöglicht es, dass dieser Dialog an der Basis der Zivilgesellschaft weitergeführt wird. Die Stiftung wird auch dafür sorgen müssen, diese Vereinigungen aus ihrer Isolation zu holen, indem sie gemeinsame Maßnahmen und die Bildung von Netzwerken fördert.

Die Bündelung dieser verstreuten Kräfte zu fördern, hat unter anderem zur Konsequenz, dass bewährte Praktiken der sozialen Integration stärker verbreitet werden und die Gesellschaften des nördlichen Mittelmeerraums den beträchtlichen Wissensreichtum der Kulturen des Südens entdecken, insbesondere auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit und der kulturellen Ausdrucksformen. Dieser Aspekt ist von grundlegender Bedeutung und stellt einen wichtigen Beitrag der Gesellschaften des Südens zum Austausch und Dialog zwischen den nördlichen und den südlichen Mittelmeeranrainern dar.

Ein weiterer wichtiger Beitrag könnte von der europäischen Bevölkerung geleistet werden, die ursprünglich aus dem südlichen Mittelmeerraum stammt und in ihren Aufnahmeländern Fähigkeiten und Kenntnisse erworben hat, die den Menschen im Süden von Nutzen sein könnten. Die „neuen Europäer“ sind eine unvermutet reiche Quelle für berufliche Innovation jeder Art in den Bereichen Technik, Wissenschaft oder Handel, für Unternehmensgründungen und für kulturelle und künstlerische Initiativen. Diese Fertigkeiten könnten für Technische-Hilfe-Projekte zugunsten der Bevölkerung des Südens eingesetzt werden, so dass deren Initiatoren aus dem Norden als „Brückenbauer“ zwischen nördlichem und südlichem Mittelmeerraum fungieren.

Allgemein müssen alle Initiativen, mit denen Brücken geschlagen werden sollen, um einen Abgleich der gegenseitigen Vorstellungen zu ermöglichen, gefördert werden, sobald sie sich formiert und organisiert haben. Dies würde auch für eine Initiative gelten, die wir uns wünschen würden, nämlich die jungen Leute zu beiden Seiten des Mittelmeers zu einem gemeinsamen bürgerschaftlichen Engagement im Dienste des Europa-Mittelmeer-Raums anzuhalten, das freiwillig geleistet wird und sich auf soziale, kulturelle und humanitäre Aktionen konzentriert. In Anlehnung an den Vorschlag des Konvents, im Rahmen der neuen europäischen Verfassung ein „Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe“ zu schaffen, wäre eine solche Initiative eine äußerst geeignete Ergänzung zu den verschiedenen Formen der Zusammenarbeit in Netzwerken, die wir vorschlagen, um durch Austausch und Mobilität - insbesondere der jungen Generationen - den Dialog der Völker und Kulturen nachhaltig in die Praxis umzusetzen.

Schließlich ist nicht zu vergessen, dass der Dialog der Kulturen auch über den Dialog der Künste und Künstler, der Erfinder und Schriftsteller sowie über ihre Schulen, Ateliers und Ausdrucksplattformen abläuft. Es wird die Aufgabe der Stiftung sein, ein aktives

Netzwerk von Fachleuten aus dem Kunst- und Literaturbereich aufzubauen und Treffen und Veranstaltungen zu organisieren, die es ermöglichen, den Dialog zwischen Überlieferungen der Vorfahren und zeitgenössischen Vorstellungen zu dynamisieren, so dass das kulturelle Erbe in diesem Dialog nicht als lebloses Überbleibsel, sondern als das lebendige Herz der Kultur fungiert.

3.1.3. Die Medien als bevorzugtes Instrument zur Förderung von Gleichheit und gegenseitigen Kenntnissen

Es liegt auf der Hand, dass die Medien im interkulturellen Dialog eine besonders wichtige Rolle spielen. Sie versorgen die öffentliche Meinung mit Informationen, weshalb sie - je nach inhaltlicher Ausgestaltung, Wahrheitsgehalt und Gewichtung der verschiedenen Aspekte des aktuellen Geschehens - die öffentliche Meinung maßgeblich beeinflussen und zu einem großen Teil für den Erfolg oder Misserfolg eines derart ehrgeizigen Vorhabens wie des Kulturdialogs verantwortlich sind. Demnach ist in diesem Bereich eine spezifische Aktion zur Unterstützung der Umsetzung der im Vorausgegangenen festgelegten Leitlinien erforderlich, die in gewisser Weise der anschließenden Begleitung und der Vollendung der kollektiven Bemühungen dient, in der Zivilgesellschaft neue Fähigkeiten zur Führung eines aufgeklärten Dialogs zu erzeugen. Denn entscheidend ist hierbei weniger die Funktionsweise der Medien selbst und ihre Abhängigkeit vom Gesetz des Marktes als die Auswirkungen des Inhalts der vermittelten Informationen auf die öffentliche Meinung und damit auf deren Fähigkeit zum Dialog. Jedoch ist Vorsicht geboten: Sobald vom Inhalt der Informationen die Rede ist, besteht die Versuchung, die Auswirkungen nur anhand eines stark vereinfachenden Kriteriums zu prüfen: Worin besteht die Information? Aus Lüge oder aus Wahrheit? Die Antwort wäre in der Tat einfach, wenn wir uns einig wären, was Wahrheit überhaupt ist. Dies ist natürlich nicht der Fall. Jeder hat seine eigenen Vorstellungen von Wahrheit und von Lüge, und selbst wenn es sich um nackte, unwiderlegbare Tatsachen vor dem Hintergrund einer sichtbaren oder gelebten Realität handelt, kann die Art und Weise ihrer Darstellung sie von eindeutiger Wahrheit zu offensichtlicher Lüge machen. Angesichts dieser Gefahr ist die Rolle der Medien nicht nur entscheidend, sondern auch extrem schwierig. Journalist zu sein ist heutzutage eine fast aussichtslose Angelegenheit, eine tägliche Herausforderung, bei der der Erfolg letztendlich weniger von der reinen Information abhängt als von dem Umfang und der Sachdienlichkeit der Informationen, die der Öffentlichkeit präsentiert werden, um ihr ein ausgewogenes Urteil zu ermöglichen. Die Informationsfülle kann kontraproduktiv sein, wenn sie ein Ausmaß erreicht, das das Urteilsvermögen überfordert und beim Rezipienten Ablehnung auslöst. Aber wo fängt die Informationsflut an und wo hört der Informationsmangel auf? Die Frage stellt sich ganz akut vor dem Hintergrund einer medialen Kommunikation, die dem enormen Druck des Marktes und der unmittelbaren Rentabilität unterliegt. Durch diesen Druck steigt das Risiko, dass die Medien ihre eigentliche Rolle vergessen, die diejenige der Bildung ergänzt, nämlich das kritische Denken und den kritischen Blick zu formen. Vor allem der Begriff des kritischen Blicks ist wichtig. Das Interpretieren von Bildern ist ebenso erlernbar wie das Interpretieren von Text. Die heutzutage so mächtige Sprache des Bildes muss auf allen Ebenen und in allen Altersgruppen zu einem Lehrinhalt gemacht werden.

Selbstverständlich können die Medien alleine die diesbezüglichen Unzulänglichkeiten des Bildungssystems nicht kompensieren. Sie können sie aber verschlimmern oder abmildern. Alles hängt davon ab, ob sich die Medienwelt ihrer Verantwortung für die Ausbildung des Denkens und des kritischen Blicks der Öffentlichkeit bewusst ist. Deshalb müssen die Akteure in diesem Bereich über ihre Verantwortung aufgeklärt werden. Dies betrifft im

Übrigen nicht nur die Medien im engeren Sinne (Presse, Rundfunk und Fernsehen), sondern auch alle diejenigen, die - in welcher Funktion auch immer - zur Ausbildung der Kritikfähigkeit der Öffentlichkeit beitragen, insbesondere in der Verlags- und der Filmbranche.

Vor diesem Hintergrund fordern wir vor allem, dass die Behörden unserer Länder die Ausbildungseinrichtungen für Journalisten, Filmemacher und Verlagsberufe anhalten, Unterrichtseinheiten zu entwickeln, die auf die kulturelle Vielfalt und die Befähigung der Öffentlichkeit zum Kulturdialog, zum kritischen Denken und zum kritischen Blick abzielen. Eine solche Maßnahme könnte die Initiativen zugunsten der Journalisten aus dem Süden im Rahmen der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte ergänzen.

Wir fordern die Behörden außerdem auf, besondere Programme aufzulegen, um die Entwicklung oder gar das Überleben (sowohl was die Produktion als auch was die Verbreitung betrifft) von Branchen der Verlagswelt zu fördern, die auf populärwissenschaftliche Veröffentlichungen, die akademische Forschung und Literaturwissenschaften, außereuropäische Kulturen und die Übersetzung einschlägiger Referenzwerke spezialisiert sind. Dies gilt auch für den auf Dokumentarfilme spezialisierten Sektor der Film- und Fernsehbranche, für den außerdem Anreize geschaffen werden sollten, Filme über den Lebensstil, die traditionellen Berufe und Kenntnisse, das künstlerische und musikalische Schaffen und die Rolle der Frauen im Mittelmeerraum zu produzieren und zu verbreiten. Diese Maßnahme könnte die bereits laufenden Maßnahmen im Rahmen von „Euromed Audiovisuel“ ergänzen.

Wir schlagen auch vor, dass es den Fernsehanstalten zur Auflage gemacht wird, die breite Öffentlichkeit zum kritischen Blick zu erziehen, indem sie eine Vielzahl konkreter Maßnahmen anbieten, beispielsweise die Einrichtung von „Tele-Clubs“ oder die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung von Sendungen, wobei sie sich auf die von den großen Fernsehanstalten im populärwissenschaftlichen und insbesondere im humanwissenschaftlichen Bereich unternommenen Anstrengungen und gewonnenen Erfahrungen stützen könnten.

Schließlich legen wir es der Kommission im spezifischen Bereich der Zusammenarbeit nahe, mit dem Programm Euromed Audiovisuel lokale Kanäle und Sendestationen in den Ländern des Südens zu unterstützen und darüber hinaus die Gründung von „Nachbarschaftssendern“ zu fördern, die zur Stärkung der Brückenfunktion der nach Europa eingewanderten Bevölkerung aus den Ländern des Südens beitragen können, wobei dem Risiko des Abgleitens in den Partikularismus vorzubeugen ist. In diesem Sinne fordern wir die Kommission auch auf, ein Konzept für die Unterstützung der Einrichtung eines oder verschiedener mehrsprachiger Fernsehsender auszuarbeiten, die über die vorhandenen Satelliten für die Mittelmeerländer wie ARAB SAT unverschlüsselt ausgestrahlt werden.

Zur Begleitung all dieser Maßnahmen wäre es nützlich, wenn die im Medienbereich erzielten Ergebnisse durch eine der Stiftung angegliederte Medienbeobachtungsstelle überwacht würden.

3.2. Die Stiftung als Schaltstelle des Dialogs

(i) Der Dialog der Völker und Kulturen im Europa-Mittelmeer-Raum muss ständig animiert werden. Er bedarf einer wachsam, treibenden Kraft, die dafür sorgt, dass auch

in rauen Zeiten die Richtung beibehalten wird, und die Fäden in der Hand hält, welche die verschiedenen - zahlreichen und weit verstreuten - Akteure des Dialogs verbinden.

Diese Schaltstelle ist die Europa-Mittelmeer-Stiftung für den Kulturdialog, deren Gründung auf der Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister in Neapel am 2./3. Dezember 2003 vollzogen werden soll.

Unserer Auffassung nach sollte dieser Stiftung eine zentrale Rolle im gesamten Prozess der Verwirklichung des Dialogs der Kulturen im Europa-Mittelmeer-Raum - wie wir ihn verstehen - zukommen. Aber diese zentrale Rolle, diese Befähigung zur Koordinierung des Dialogs, zur Mobilisierung und Vereinigung verstreuter Kräfte hängt von den Aufgaben, Mitteln und Befugnissen ab, die der Stiftung von den politischen Entscheidungsträgern übertragen werden.

Zu diesem Zweck muss die Stiftung drei grundlegende Funktionen ohne jede Einschränkung erfüllen. Sie muss zunächst die Hüterin der Werte und Aktionsgrundsätze im Rahmen des Dialogs sein, deren Gesamtheit ihr „**Betriebssystem**“ darstellt: Dies bedeutet, dass diese Grundsätze in die Praxis umgesetzt werden müssen, insbesondere mit Hilfe des Unterbaus innerhalb des neuen institutionellen Rahmens (siehe oben, Punkt 2.4), und dass die Stiftung somit zur Interaktion unter direkter Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Bereicherung in der Lage sein muss. Außerdem muss ihr „**Aufgabenkatalog**“ gewährleisten, dass sie einerseits alle Aktionen und Initiativen fördern, in Gang bringen und koordinieren kann, die diesen Grundsätzen entsprechen, und andererseits die Vereinbarkeit jeglicher Initiative mit den genannten Grundsätzen bewerten kann. Die Stiftung kann ihre Bewertungsfunktion nur dann uneingeschränkt und sinnvoll ausüben, wenn sie rasch entsprechende Methoden und geeignete Kriterien entwickelt und wenn sie auch über die für deren Anwendung erforderlichen Mittel verfügt.

Zwar ist die politische Entscheidung über die Satzung, den Aufbau und den Standort der Stiftung Sache der Außenminister in Neapel, aber unsere Aufgabe ist es, deutlich zu machen, unter welchen **Voraussetzungen** sie unserer Auffassung nach den ihr übertragenen Auftrag sinnvoll ausführen kann.

Die Stiftung wird keine Gelder vergeben, sondern die Tätigkeit und die Netzwerke der zivilgesellschaftlichen Akteure verwalten, und zwar entweder direkt oder über die von ihr koordinierten nationalen Netze. Sie wird für die intellektuelle Unterstützung zuständig sein, indem sie Kulturtreffen und -veranstaltungen organisiert und Kontakte zwischen Fachleuten herstellt. Sie wird den Bedarf feststellen und die Ergebnisse bewerten, das in der Zivilgesellschaft vorhandene Potenzial ermitteln und mobilisieren, Informationen sammeln und verbreiten und die virtuelle Kommunikation fördern. Sie wird den Regierungen empfehlen, welche Maßnahmen unterstützt werden sollten, deren Sachdienlichkeit sie überprüft hat.

Auch wenn diese Aufgaben sehr wichtig sind, stellt sich die Frage, ob sie ausreichen, um die Stiftung zu einer Schaltstelle, zu einer **treibenden Kraft** und zum **Katalysator** des Dialogs zu machen, wie wir es uns wünschen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lässt sich diese Frage noch nicht mit Gewissheit beantworten.

(ii) Das Ausmaß der Bedürfnisse ist so groß, dass man sich, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, zu Recht fragen kann, ob die Stiftung über die

erforderliche Kapazität verfügt, um den Anforderungen und Erwartungen gerecht zu werden.

Die erste Voraussetzung ist die Unabhängigkeit, die die Glaubwürdigkeit und Legitimität der Stiftung gewährleistet.

Über die formelle Unabhängigkeit gegenüber Regierungen, internationalen Organisationen und Wirtschaftsmächten hinaus, die notwendig ist und fest verankert werden muss, das heißt durch einen entsprechenden internationalen Rechtsakt festzuschreiben ist, muss die Stiftung finanziell und verwaltungstechnisch sowie in konzeptioneller Hinsicht unabhängig sein.

Die finanzielle und verwaltungstechnische Unabhängigkeit bedeutet, dass es keine Einmischung der zuständigen Behörden in die Entscheidungen der Stiftung darüber, wie sie die ihr zugewiesenen Mittel verwendet und mit welchen Partnern sie zusammenarbeitet, geben darf. Sie muss Rechenschaft ablegen und Ergebnisse vorlegen, sofern diese messbar sind. Aber in keinem Fall darf ihr vorgeschrieben werden, wofür sie ihre Haushaltsmittel ausgeben muss. Dies sollte auch für die nationalen Netze gelten, die von ihr koordiniert werden.

Die konzeptionelle Unabhängigkeit ist ebenfalls von grundlegender Bedeutung. Keinerlei politische Opportunität oder spezifische Interessen dürfen die Stiftung von der Erfüllung ihres Auftrags abhalten. Sie muss vollständig frei sein, Vorstellungen und Vorschläge zu äußern, Dialoge zu führen und ihre Methoden, Tätigkeitsbereiche oder geistigen Partner selbst auszuwählen. Ansonsten wird sie weder angehört noch beachtet und auch nicht ernst genommen werden.

Die zweite Voraussetzung betrifft die Ausstattung mit ausreichenden Finanz- und Verwaltungsressourcen. Es liegt auf der Hand, dass die Stiftung über umfangreiche, ihrer großen Aufgabe entsprechende Mittel verfügen muss. Ihre Tätigkeit wird teuer sein. Sie benötigt qualifiziertes Personal, das für die Aktivitäten des Netzes eine Katalysatorrolle spielen und sich auf einen hochrangigen wissenschaftlichen Ausschuss stützen kann, der in der Lage ist, ihr für die Beziehungen mit ihren Partnern eine unanfechtbare geistige Legitimation zu verleihen. Ferner werden kompetente Verwalter und Experten für internationale, kulturelle und religiöse Angelegenheiten benötigt. Zudem braucht die Stiftung ausreichende finanzielle Betriebsmittel, um die ihr übertragenen Aufgaben erfüllen zu können: Veranstaltung von Treffen, Durchdringung der Gesellschaften von 27 Ländern, Verwaltung von Netzen, Archiven und virtuellen Bibliotheken, Unterhaltung laufender Kontakte mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und lokalen Vereinigungen, Überwachung, Planung und tägliche Verfolgung der Fortschritte bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen zum Dialog, der Ausbildung der Lehrkräfte, der Entwicklung der Medien und den Schulpartnerschaften. Für all dies wird viel Zeit, Personal und Geld benötigt. Die Enttäuschung über einen Misserfolg wegen unzureichender Mittel wäre angesichts der hochgesteckten Erwartungen sehr groß.

Daher muss der Stiftung letztlich auch der Rückgriff auf private Sponsoren gestattet werden. Wir sehen darin eine Option, die Stiftung entsprechend den anspruchsvollen Aufgaben, die ihr übertragen werden sollten, mit adäquaten Mitteln auszustatten. Es muss ihr daher möglich sein, in einem nennenswerten Maße – das von der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz festzulegen ist – auf Mittel privater Herkunft zurückzugreifen. Die Vielfalt ihrer Finanzierungsquellen wird ein Garant für die Autonomie und gleichzeitig ein

Indiz für die Verwurzelung der Stiftung sein, sind es doch die Attraktivität, die Originalität und die Wirksamkeit ihrer Initiativen, die private Akteure zur Unterstützung der Stiftung veranlassen werden.

Die dritte und letzte Voraussetzung ist die Sichtbarkeit. Die Stiftung muss ihren Sitz an einem deutlich erkennbaren Standort haben, wo auch immer dieser sein wird. Diese Bedingung nicht zu erfüllen, es der Öffentlichkeit zu verwehren, die Ziele und Ergebnisse des Dialogs ganz direkt, allein durch die Klarheit der Botschaft zu verstehen, ihr jeden gegenständlichen Anhaltspunkt für die Stiftung (Gebäude, Gesichter) zu verweigern, würde bedeuten, dass die Stiftung ein Schattendasein führen und sehr bald in Vergessenheit geraten würde.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt? Werden sie noch erfüllt werden? Die bisherige Planung und insbesondere das vorgesehene Budget stimmen nicht optimistisch. Die Regierungen müssen in Neapel, aber auch darüber hinaus weit mehr politischen Mut und Visionskraft an den Tag legen, um die Lebensfähigkeit und den langfristigen Erfolg dieses Vorhabens zu gewährleisten, d.h. um dafür zu sorgen, dass die Stiftung den Erwartungen gerecht werden kann. Wenn die Stiftung in Ermangelung dieses politischen Willens und der notwendigen Mittel nicht in der Lage sein sollte, die ihr zukommende entscheidende Rolle zu spielen, wäre es besser, ganz auf ein Vorhaben zu verzichten, das hinter den erklärten Zielen nur zurückbleiben kann und sich durch die Sinnentleerung katastrophal auf die öffentliche Meinung und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft auswirken würde. Zweck einer solchen Augenwischerei wäre lediglich, eine verheerende Untätigkeit zu kaschieren.

3.3. Voraussetzungen für den Erfolg sowie Risiken und Konsequenzen unserer Vorschläge

Viel steht auf dem Spiel, doch dementsprechend ehrgeizig sind auch unsere Bestrebungen, unser Auftrag und unser Wunsch zur tiefgreifenden und entschlossenen Erneuerung des Dialogs der Völker und Kulturen im Europa-Mittelmeer-Raum.

Es geht um nichts weniger als um den **Frieden**: nicht um den Frieden der Zaghaften und der Schwachen, der Angst und der Flucht, der Gleichgültigkeit und der Unwissenheit, sondern um den Frieden der Starken und Tapferen, des Mutes und der Überzeugung, der Neugier und des Wissens.

Die erste Voraussetzung für den Erfolg des Vorhabens besteht demnach darin, dass diejenigen, an die sich unser Appell richtet, die politischen Entscheidungsträger und die Akteure der Zivilgesellschaft, ihn nicht nur anhören, sondern sich damit auch auseinandersetzen, sich die Gedanken zu eigen machen und umgehend in verantwortungsvoller Weise reagieren.

Denn die Lage ist dringlich – jetzt schon und bis auf weiteres. Wir müssen uns täglich den permanenten Handlungsbedarf vor Augen führen. Gleichzeitig müssen wir uns jedoch auch Zeit nehmen und Geduld haben, um nicht Improvisation und Kurzsichtigkeit anheim zu fallen. Der Dialog ist ein Prozess, der aufgebaut und aufrechterhalten werden muss. Gewiss bedarf es politischen Willens, um ihn auf den Weg zu bringen, aber vor allem bedarf es politischen Mutes, um ihn weiterzuführen.

Mut aufseiten der Entscheidungsträger wie auch der Akteure ist die Voraussetzung für den Fortbestand des Dialogs. Tatsächlich muss man mutig sein, um laut und deutlich zu

erklären, **dass die Kultur unabhängig ist** und im politischen Handeln *fest verankert* sein muss, wenn sie den Dialog befruchten soll, und dass ihr endlich der Status einer selbstverständlichen Entwicklungspriorität zuerkannt werden muss.

Mut ist zudem deshalb erforderlich, weil auch der Dialog selbst mit Risiken verbunden ist.

Das größte Risiko ist die Selbstbezogenheit, die Weigerung eines der potenziellen Partner, sich auf diesen Dialog einzulassen, die Kompromisslosigkeit derer, die sich in ihrer Identität verletzt, durch die koloniale Vergangenheit oder die heutige Arroganz erniedrigt fühlen, die gefangen sind in politisch-religiösen Überzeugungen, in entfremdeten, deformierten Kulturen, die auf reine Ideologien reduziert wurden und zu dominant sind, um in Frage gestellt zu werden. Denn In-Frage-Stellen bedeutet bereits Zweifeln. Der Zweifel verträgt sich jedoch nicht mit bestimmten beschränkten Gesinnungen. Eine solche Einstellung ist an sich nicht zu verurteilen und kann paradoxerweise manchmal sogar zu bewundernswertem Verhalten führen, aber auch zu wirklich entsetzlichen Entgleisungen, nämlich zur Verbreitung von Terror durch die Entfesselung eines nicht mehr zu bremsenden kollektiven Fanatismus, der in **GEWALT** mündet.

Die Gewalt ist der Feind des Dialogs und wird stets präsent sein, solange der Dialog sie in den Herzen der Menschen nicht auszumerzen vermag und nicht der Mut derer belohnt wird, die an ihm festhalten.

Wenn die Gewalt der Feind des Dialogs ist, dann ist die Entmutigung - die Entmutigung der desillusionierten Völker, der skeptischen Eliten und der Führer, die nichts mehr wagen - der böse Geist des Dialogs. Eng verwandt mit der Entmutigung ist das gegenseitige Misstrauen, vor allem zwischen Staaten, die um ihre Identität und ihre (wenn vielleicht auch nur formale) Unabhängigkeit bangen, sie durch die Globalisierung und die Migration bedroht sehen und durch verzweifelte Schutzmaßnahmen erhalten wollen. Diese richten sich zum einen gegen die immer stärker aufbegehrende Zivilgesellschaft im eigenen Land und zum anderen gegen fremde Staaten, die sie der Einmischung oder des Exports ihrer Armut bezichtigen.

Wie können die Mobilität gefördert und die Neugier und die Lust, den Anderen kennen zu lernen und die Grenzen zu überschreiten, geweckt werden, wenn man letztere mit einer Visapolitik angeblich „schützen“ will, die auch die Gutwilligsten abschreckt?

Immer geht es um Grenzen: um nationale, lokale, moralische und psychologische Grenzen. Sie zu überschreiten ist die Herausforderung, der wir uns stellen wollen. Eine dieser Grenzen, die alleine ausreichen kann, um unsere Hoffnungen zunichte zu machen, ist überall zu finden: der Graben zwischen den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Eliten und all denjenigen, die nicht das Glück hatten, eine gute Bildung zu genießen oder aus privilegierten Verhältnissen zu stammen. Wenn es dem Dialog, den wir zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum aufbauen wollen, nicht gelingt, *in den normalen Alltag der Menschen vorzudringen*, dann haben wir versagt. Wir haben auch versagt, wenn sich Reiche und Arme weiterhin gleichgültig bzw. misstrauisch begegnen. Die Grenze zwischen Reich und Arm ist auch eine kulturelle Grenze: Wenn sie bestehen bleibt, wird sie weiterhin Rachsucht, Hass und Gewalt erzeugen und unsere Anstrengungen zunichte machen. Der Dialog ist letztendlich nichts anderes als eine Form der Höflichkeit: *Wie soll die Höflichkeit der Könige, die als die höchste Form der Höflichkeit gilt, wiedererlernt werden, wenn es noch so viele Diener und Leibeigene gibt?*

Der Dialog ist jedoch kein schwammiges, leeres Gerede. Er ist mit Kontaktpflege, Reisen, Zusammentreffen, Projekten, Arbeit in Netzwerken und den verschiedensten tagtäglichen Verrichtungen verbunden, die Zeit und Geld kosten. Unsere Anstrengungen werden vergeblich sein, wenn kein Geld vorhanden ist, um die Mitarbeiter zu bezahlen und den materiellen und logistischen Bedarf zu decken. Für die Stiftung werden im gleichen Maße Finanzmittel benötigt wie für jedes andere politische Vorhaben, für das – unabhängig von der jeweiligen Aktionsform - den Aufgaben und Herausforderungen entsprechende Ressourcen mobilisiert werden müssen.

Wenn die Ziele hochgesteckt sind und Grundlegendes auf dem Spiel steht, ist dem mit allen finanziellen Konsequenzen Rechnung zu tragen, selbst wenn dies mit schmerzlichen Entscheidungen und drastischen Maßnahmen verbunden ist. Sicherlich muss auch an die Großzügigkeit der Öffentlichkeit oder an Privatsponsoren appelliert und zu diesem Zweck eine groß angelegte Informationskampagne gestartet werden.

Unsere Vorschläge sind ehrgeizig, aber realistisch. Damit sie wirksam umgesetzt werden können, sind gezielte und alles in allem relativ begrenzte Maßnahmen erforderlich, denn Quantität tut der Qualität Abbruch. Mit einem Minimum an gutem Willen aller betroffenen Parteien müssten sich daher geeignete Interventionsformen und Finanzierungsquellen finden lassen.

Außerdem ist an später zu denken. Wenn die Zeit der Fragen, der Ungewissheit und der politischen Entscheidungen vorbei ist, wenn das Vorhaben unter diesem oder jenem mittel- oder längerfristigen Aspekt auf den Weg gebracht, verfeinert und gar abgeschlossen wurde, werden die Ergebnisse bewertet werden müssen. Auch hierfür wird ein entsprechendes Instrument benötigt, mit dem sich die schwierige Aufgabe bewältigen lässt, die immateriellen Auswirkungen des Dialogs zu erfassen, die sich nicht immer systematisch nach streng wissenschaftlichen Kriterien messen lassen. Wir schlagen zu diesem Zweck vor, ein „**Europa-Mittelmeer-Kulturbarometer**“ zu schaffen, das heißt alle zwei Jahre eine mit Meinungsumfragen verbundene soziale Erhebung über die kollektiven Vorstellungen voneinander in einer Auswahl europäischer Länder (in einem nordeuropäischen Land, einem Land mit hohem Zuwandereranteil, einem Mittelmeerranrainerstaat und einem neuen EU-Mitgliedstaat) und einer Auswahl von Ländern des östlichen und südlichen Mittelmeerraums durchzuführen. Die Stiftung wird diese Aufgabe im Rahmen ihrer Bewertungstätigkeit zweifellos übernehmen können. Sie könnte diese Initiative dann nutzen, um in regelmäßigen Abständen eine soziale Analyse („social survey“) vorzunehmen und zu koordinieren, die sich auf eine ausführliche Untersuchung von Wertvorstellungen und Verhaltensweisen stützt.

Aber eins nach dem anderen. Vom anfänglichen Elan, den ersten konkreten Schritten, der Entschlossenheit der ersten Stunde und dem Mut der Entscheidungsträger hängt das Wichtigste ab: der Erfolg oder Misserfolg eines Vorhabens, das in vielerlei Hinsicht die Weichen für unsere Zukunft und diejenige späterer Generationen stellt.

* * * *

SCHLUSSFOLGERUNG

I. Der Zusammenprall der Kulturen ist derzeit - zumindest im Europa-Mittelmeer-Raum - nur ein Schreckgespenst, das von einigen heraufbeschworen oder herbeigesehnt wird.

Damit dies - trotz der beunruhigenden Ereignisse auf der Weltbühne - so bleibt, sollte die Kultur unverzüglich als Ausgangsbasis genutzt werden, um allmählich ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der schicksalhaften Verbundenheit entstehen zu lassen. Auf diese Weise würden Europa und seine Mittelmeerpartner - gestützt auf ein ähnliches Verständnis ihrer Geschichte und ihres gemeinsamen Erbes - die Grundlagen für ein „erweitertes Bürgerbewusstsein“ schaffen.

Wenn wir nicht sofort in die Kultur „investieren“, laufen wir Gefahr, dass wir alle in den allgemeinen Strudel hineingerissen werden, bei dem rückschrittliche und kriminelle Strömungen die Kultur zu ihren Zwecken missbrauchen.

Wenn wir uns hingegen entschließen, uns dieser Herausforderung gemeinsam zu stellen, werden in 25 Jahren die Völker auf beiden Seiten des Mittelmeers eine menschliche und wirtschaftliche Gemeinschaft bilden, die durch ihr gemeinsames Schicksal vereint und in der Lage ist, den Lauf der Geschichte zu beeinflussen. Dann würde die Globalisierung nicht mehr zu Marginalisierung und in der Folge zu Frustration und Identitätsverlust führen.

II. Die Hoffnung, die wir in den Dialog zwischen den Völkern und Kulturen setzen, darf uns jedoch nicht zu Nachlässigkeit verleiten. Wir sind uns der Schwierigkeiten, ja der Risiken völlig bewusst, mit der die Umsetzung bestimmter unserer Empfehlungen verbunden sein wird.

Im nördlichen Mittelmeerraum besteht ein doppeltes Risiko: erstens das systemimmanente Risiko der unzureichenden Kohärenz auf EU-Ebene. Um dagegen gewappnet zu sein, müsste die EU sich auf die entsprechenden Bestimmungen der künftigen Verfassung stützen können. Das zweite Risiko sind populistische und fremdenfeindliche Bewegungen in bestimmten Mitgliedstaaten, was die Übernahme der hier vorgeschlagenen Vorgehensweise durch alle 25 EU-Mitgliedstaaten erschweren könnte.

Der Süden verfügt nur über wenig Möglichkeiten, um sich vor den Konsequenzen einer doppelzüngigen Sprache oder dem Risiko zu schützen, dass ein Teil der Eliten oder die Zivilgesellschaft vom eigentlichen Gegenstand des Dialogs ablenken könnten. Ihm bleiben nur politischer Mut und der Willen zur Öffnung, gegebenenfalls mit Unterstützung einer Nachbarschaftspolitik, die nicht an der Oberfläche bleibt, sondern die Akteure der Zivilgesellschaft - neben den traditionellen Machtstrukturen - in vollem Umfang einbezieht.

LISTE DER VORGESCHLAGENEN MASSNAHMEN

Unter dem Vorbehalt einer Bestandsaufnahme der laufenden Aktionen und der bereits anderweitig geplanten Initiativen sowie insbesondere, um die Wirksamkeit bestimmter Initiativen zu gewährleisten oder diese zu ergänzen, schlägt die Hochrangige Beratergruppe zwanzig Maßnahmen vor, die nach den folgenden drei operativen Leitlinien gegliedert sind:

Ferner muss der Europa-Mittelmeer-Stiftung ihre uneingeschränkte Unabhängigkeit garantiert werden und sie muss in der Lage sein, die Vielfalt der Kulturen der Region zum Ausdruck zu bringen, um die Einrichtung und später die kohärente Umsetzung aller Maßnahmen zugunsten der und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu gewährleisten.

Die Bildung sollte zu einem zentralen Träger des Erlernens der Vielfalt und des Kennenlernens des Anderen gemacht werden

Das Erlernen der Vielfalt und die Kenntnis des Anderen ab der Grundschule muss sich auf eine Reihe konkreter Voraussetzungen stützen:

1. Das Erlernen der Mittelmeeranrainersprachen.
2. Die Umgestaltung der Lehrpläne im Hinblick auf einen vergleichenden Religions- und Kulturunterricht.
3. Die Mobilität der Schulkinder (Reisen, Partnerschaften, Schüleraustausch).
4. Die gegenseitige Bereitstellung von Bildungsmodulen zu Kulturen, Geschichte und Religionen im Hinblick auf die Schaffung von Lehrplänen mit gemeinsamen Lehrinhalten.

Längerfristig angelegt, aber bereits jetzt parallel dazu ist folgende Maßnahme zu treffen:

5. Die Neubegründung der Geisteswissenschaften und ihrer Lehre in allem, was die anthropologische, rechtliche, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Dimension der Geschichte des Mittelmeerraums betrifft. Hier geht es um die Ausarbeitung von Elementen eines gemeinsamen Wissens.

Flankierend zu dieser Aktion sind konkrete Maßnahmen in folgenden Bereichen zu treffen:

6. Ausbildung der Lehrkräfte und Überarbeitung der Schulbücher und Hochschullehrbücher.
7. Übersetzung klassischer Referenzwerke.
8. Unterstützung der Verlage, die auf dem/den vorgenannten Gebiet(en) tätig sind.
9. Einrichtung einer Europa-Mittelmeer-Akademie als wissenschaftliche Stütze der vier oben genannten Aktionen (mit Unterstützung der Europa-Mittelmeer-Stiftung).

Einrichtung von Netzen des Wissens und der gegenseitigen Kenntnisse durch

10. Einrichtung mehrerer Europa-Mittelmeer-Studienzentren um das Mittelmeer herum
11. Einrichtung eines „Braudel-Ibn-Khaldoun-Netzes“ aus Hochschullehrstühlen, das mit dem Jean-Monnet-Netz zusammenzuschalten ist.

Förderung von Mobilität und Austauschmaßnahmen sowie der Hervorhebung von Fertigkeiten, Kompetenzen und der bewährtesten sozialen Praktiken

12. Förderung der Gründung oder des Ausbaus eines Netzes staatsbürgerlicher Begegnungspunkte, um die Durchmischung der Gesellschaftsschichten und den Generationendialog zu erleichtern.

In diesem Zusammenhang Ausarbeitung von Mechanismen zur Förderung unterschiedlicher kultureller Ausdrucksformen im öffentlichen Leben, so dass alle Teilnehmer in Würde und gegenseitiger Anerkennung ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl entwickeln.

13. Ermunterung der lokalen Vereinigungen, insbesondere bei Solidaritätsmaßnahmen eine wichtigere Rolle zu spielen.
14. Vernetzung der lokalen Vereinigungen (siehe Vorschlag 13), um die „bewährtesten Praktiken“ sozialer Eingliederung zu fördern und dabei insbesondere im Bereich der öffentlichen Gesundheit (etwa bei älteren Menschen) und bei verschiedenen kulturellen Ausdrucksformen Zurückgreifen auf den Erfahrungsschatz der lokalen und regionalen Kulturen.
15. Aufforderung der Jugendlichen beiderseits des Mittelmeers, sich im Rahmen eines so genannten „Staatsbürgerlichen Engagements der Jugend des Europa-Mittelmeer-Raums“ auf Freiwilligenbasis gemeinsam staatsbürgerlich im Dienste der Europa-Mittelmeer-Region zu engagieren.
16. Stärkung der Aufgabe der Europa-Mittelmeer-Stiftung als Hüterin durch Einrichtung eines „Aufsichtsreferats“/einer Task Force in ihren Reihen, das/die „bewährtesten Praktiken“ im Sozialbereich und beim interkulturellen Dialog ausfindig machen und prüfen soll, ob diese im größeren Maßstab übertragbar sind. Zu den Aufgaben dieses Referats gehört ferner die Sammlung neuer Ideen und Vorschläge, anhand derer die Stiftung konkrete Vorlagen ausarbeiten kann.

Verwandlung der Medien in ein privilegiertes Instrument des Gleichheitsprinzips und der Kenntnis voneinander

17. Anstöße zur Entwicklung von Unterrichtsinhalten zur kulturellen Vielfalt in den Ausbildungseinrichtungen für Journalisten, Filmemacher und Verlagsberufe.
18. Organisation und Schulung der breiten Öffentlichkeit/der Fernsehzuschauer durch Verbreitung konkreter punktueller Maßnahmen:

Einrichtung von „Tele-Clubs“

Beteiligung von Jugendlichen an der Ausarbeitung von Sendungen unter Rückgriff auf die Anstrengungen und Erfahrungen im Bereich der **populärwissenschaftlichen Darstellung** (im Interesse der Attraktivität dieser Sendungen und der Erzielung der erwarteten Wirkung, ist dies in den Aufgabenkatalog der Fernsehanstalten aufzunehmen).

19. Förderung der Produktion spezifischer Sendungen auf den Sendern für die breite Öffentlichkeit - im Sinne der oben genannten populärwissenschaftlichen Darstellung sowie Produktion und Ausstrahlung von Filmen aus dem und über den Mittelmeerraum.

20. Gestützt auf das Europa-Mittelmeer-Programm für audiovisuelle Medien:

Förderung lokaler Kanäle und Senderrelais in den Ländern des Südens und darüber hinaus der Schaffung von „Nachbarschaftssendern“ unter Bedingungen, die die Rolle der eingewanderten Bevölkerung als **Brückenbauer** hin zu den Ländern des Südens fördern, der Gefahr des "Kommunitarismus" jedoch vorbeugen.

Unterstützung der Errichtung von einem oder mehreren mehrsprachigen, nicht verschlüsselten Fernsehsendern über die bestehenden Mittelmeersatelliten mit Hilfe einer Kofinanzierung durch die EU.

Anregung der Einrichtung einer der Europa-Mittelmeer-Stiftung angegliederten Medienbeobachtungsstelle, der ebenso wie der Stiftung vollständige **Unabhängigkeit** zu gewährleisten ist.

* * * *

LISTE DER MITGLIEDER DER HOCHRANGIGEN BERATERGRUPPE

Gemeinsamer Vorsitz:

Assia ALAOUI BENSALAH

Jean DANIEL

Mitglieder :

Malek CHEBEL

Juan DIEZ NICOLAS

Umberto ECO

Shmuel N. EISENSTADT

George JOFFÉ

Ahmed KAMAL ABOULMAGD

Bichara KHADER

Adnan Wafic KASSAR

Pedrag MATVEJEVIC

Rostane MEHDI

Fatima MERNISSI

Tariq RAMADAN

Faruk SEN

Faouzi SKALI

Simone SUSSKIND-WEINBERGER

Tullia ZEVI

Arbeits- und Reflexionsgruppe

(mit der Unterstützung der Hochrangigen Beratergruppe beauftragt)

Léonce BEKEMANS

Yudhishthir Raj ISAR

Philippe RATTE